

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatlich 3,50 Zł. mit Zustellgeld 3,80 Zł. Bei Postbezug monatlich 3,89 Zł. vierteljährlich 11,66 Zł. Unter Streifenband monatlich 7,50 Zł. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung u.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einseitige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwächerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postfachadressen:** Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 49

Bromberg, Dienstag, den 2. März 1937.

61. Jahrg.

Besuch auf dem Obersalzberg.

Smogorzewski spricht mit dem Führer.

Der Berliner Berichterstatter der „Gazeta Polska“, Kazimierz Smogorzewski, veröffentlicht in diesem Blatt eine längere Korrespondenz aus Berchtesgaden, in welcher der Empfang der Delegierten der Internationalen Frontkämpfer-Organisation durch den Führer geschildert wird. Herr Smogorzewski, Ritter des Kreuzes der französischen Ehrenlegion, schreibt darüber:

„Nach den offiziellen Ansprüchen setzte sich der Kanzler der Reihe nach an jeden Tisch, an dem die Teilnehmer mit Tee bewirtet wurden. Er läßt sich gern mit jeder Delegation fotografieren und verteilt Autogramme. Jeder fühlt, daß man es mit einem ungewöhnlichen Menschen zu tun hat. Der Kanzler ist bei sich zu Hause ein reizender Mensch. Es genügt, in seine blauen Augen zu sehen und seine Stimme zu vernahmen, um die magnetische Kraft zu begreifen, mit der er auf seine Landsleute einwirkt.“

„Wir waren“, so heißt es weiter, „drei Stunden lang Gäste des Führers. Keiner von uns trat aus seiner Rolle heraus, und leitete mit dem Kanzler irgend eine Diskussion über konkrete Themen ein; man erhielt aber auf gestellte Fragen von Hitler genügend klare Antwort. Unsere französischen Kollegen erklärten dem Kanzler, sie seien tief gerührt durch seine heutigen Worte; sie seien auch bereit, alles zu tun, was in ihrer Macht stehe, damit das ganze französische Volk an die Aufrichtigkeit seiner Worte glaube. Sie fügten hinzu, daß der Kanzler in der französischen Meinung eine geschichtliche Revolution vollziehen würde, wollte er in seinem Buch „Mein Kampf“ gewisse für Frankreich peinliche Sätze streichen. Der Kanzler erwiderte darauf, er sei aufrichtig gewesen, als er vor Jahren unmittelbar nach der Ruhrbesetzung sein Buch geschrieben hat. Er sei aber heute nicht minder aufrichtig, wenn er feststelle, daß es zwischen Deutschland und Frankreich keine strittigen Probleme gebe, wenn er seinen Willen einer französisch-deutschen Verständigung proklamiere.“

„Die britischen Kollegen gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die englisch-deutschen Beziehungen sich immer günstiger gestalten möchten. Sie machten kein Hehl daraus, daß die britische Meinung in der Kolonialfrage zögere, und mehr negativ eingestellt sei, versicherten jedoch, daß das Britische Imperium trotzdem nicht unterlassen würde, gewisse Opfer zugunsten des Friedens zu bringen, falls auch das Reich Beweise seiner vollkommenen Friedfertigkeit liefern würde, indem es seine Beziehungen mit allen Nachbarn normalisiere. Der Kanzler entgegnete, daß dies auch von dem Verhalten jener Nachbarn abhängt. In jedem Falle habe die Kolonialfrage damit nichts zu tun.“

„Deutschland habe die Revindikation seiner früheren Kolonien gefordert und werde von dieser Forderung nicht ablassen, da seine moralischen und wirtschaftlichen Argumente richtig und kräftig seien.“

In der Unterhaltung mit den tschechoslowakischen Frontkämpfern sagte der Reichskanzler, daß man die Beziehungen zwischen den Völkern mit dem vergleichen könne, was man im Leben der Privatmenschen beobachtet. Es gebe z. B. Verhältnisse, in denen nicht alles gut verläuft. Wenn die Scheidung schwierig oder unmöglich sei, müsse man sich irgendwie vertragen, um zusammenleben zu können.

Am Tisch der polnischen Delegation saßen Wagner, Walewski, Ostasin, Rudyga-Rastowski und Smogorzewski. Der Kanzler hörte erst Wagner an, der ihm versicherte, daß das, was der Marschall Piłsudski begonnen hat, sein keinen Änderungen oder der Verjährung unterliegenden politischen Testament für seine Nachfolger sei. Der Kanzler erwiderte, daß die Entspannung und Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen nur aus dem Grunde möglich gewesen sei, daß an der Spitze des polnischen Volkes ein großer Führer gestanden hat. Auch in Deutschland hätte man sich zu keiner positiven Entscheidung aufgerafft, wenn hier auch weiterhin die politischen Parteien registriert hätten.

Smogorzewski bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß gerade am Vortage dieses Besuchs in Berchtesgaden General Göring in Warschau eine zweistündige Unterredung mit dem Marschall Piłsudski hatte. Daraus antwortete der Reichskanzler: „Ich war immer der Meinung, daß Privatgespräche der leitenden Staatsmänner fruchtbarer in ihren Ergebnissen sind als offizielle Besuche, besonders unter Nachbarn, wo allein das Leben andauernd neue Fragen hervorbringt. Auf dem Wege direkter und freundschaftlicher Beziehungen lassen sie sich viel einfacher vereinheitlichen und erledigen als unter dem Chor von Presse-Artikeln und Versammlungsreden.“

Neurath fährt nach Rom?

Wie sich der „Kurjer Warszawski“ von seinem Berliner Korrespondenten melden läßt, ist in den dortigen diplomatischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß sich Reichsaußenminister Freiherr von Neurath demnächst nach Rom begeben werde. Diese Reise soll noch vor der Italienreise des Bundeskanzler Schuschnigg erfolgen. Der Korrespondent nimmt an, daß die Fahrt des Reichsaußenministers in Zusammenhang mit dem Standpunkt Italiens in der Frage der Wiederherstellung der Monarchie in Österreich steht.

In diesem Zusammenhang ist der Artikel Gaydas in „Giornale Italia“ bemerkenswert, in dem ent-

Goldene Medaille des Staatspräsidenten für Greiser.

Am Freitag, dem ersten Tage des zweiten Turnus der Repräsentationsjagd in Bialowieza fanden auf dem Gebiet der Bialowiezaer Oberförsterei 6 Treiben statt. Bei den Fahrten während der Jagd fuhr der Staatspräsident im Schlitten mit dem französischen Botschafter Noël, und während des Frühstückes, das im Jagdzelt eingenommen wurde, saßen zur rechten Hand des Staatspräsidenten der französische Botschafter, zur linken Staatspräsident Greiser. Insgesamt wurden am ersten Tage acht Keiler zur Strecke gebracht, wovon der Staatspräsident mit einem Doppelschuß zwei Keiler, der Kultusminister Dr. Świątkowski zwei, Minister Michał Moszcicki einen, Staatspräsident Greiser einen und dessen Adjutant einen Keiler erlegte. Auf seiner Rückfahrt hielt sich Staatspräsident Greiser nur einige Stunden in Warschau auf und wurde während seines dortigen Aufenthalts durch den Unterstaatssekretär im Außenministerium, Graf Szembel, empfangen.

Im Anschluß an diese Unterredung gab der Rabinettchef des Außenministers Graf Lubieński für den Danziger Staatspräsidenten und seine Begleitung ein privates Frühstück. In Bialowieza ist dem Staatspräsidenten, der bei seiner Ankunft dem polnischen Staatspräsidenten eine kunstvoll aus in Danzig gesammeltem Bernstein gefertigte Schatulle als Gastgeschenk überreicht hatte, die Goldene Medaille verliehen worden, die ihm der Staatspräsident als Jagdherz persönlich übergab.

Am 1. und 2. März wird die Repräsentationsjagd in Bialowieza fortgesetzt. Außer dem Staatspräsidenten nehmen an den beiden Tagen daran der Sohn des Regenten von Ungarn, Stefan Horthy, Graf Szechenyi, der schwedische Gesandte und der dänische Geschäftsträger teil.

Reiche Beute vom Sonnabend.

Am Sonnabend wurde auf dem Gebiet der Oberförsterei Hajnówka gelagt. In dieser Jagd nahm auch der Botschafter der Vereinigten Staaten Cudahy teil, der am Freitagabend nach Bialowieza gekommen war. Die Beute dieses Tages bildeten 14 Keiler und drei Füchse. U. a. haben erlegt: der Staatspräsident zwei, Minister Świątkowski drei, Staatspräsident Greiser drei und sein Adjutant einen, der französische Botschafter zwei, Botschafter Cudahy einen und der rumänische Gesandte Zamfirescu einen Keiler. Das schönste Exemplar, das ausgeweidet 130 Kilogramm wog, hat Minister Świątkowski erlegt.

Zwei evangelische Pfarrer ausgewiesen! Pfarrer Mudrac und Pfarrer Grothaus mußten Polen verlassen.

Wie wir erfahren, hat Pfarrer Mudrac in Honig, Kreis Ostrowo, Wojewodschaft Posen, am 27. Januar 1937 das Staatsgebiet verlassen müssen, nachdem seine Bitte, ihm seine bis zum 30. Dezember 1936 befristete Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern, abschlägig beschieden war. Pfarrer Mudrac ist durch sein eifriges und treues Wirken als Seelsorger weit über die Grenzen seiner Gemeinde bekannt. Er hat in einer ersten Gemeinde gearbeitet, in der es viel Armut und Not gibt. Zusammen mit seiner Ehefrau hat er auf dem Pfarrgrundstück, das vor einiger Zeit von einer Besitzerin der Nachbarschaft der Gemeinde zur Verfügung gestellt worden ist, ein kleines Spital eingerichtet, in dem beide Eheleute unermüdet tätig gewesen sind, und das manchem Gemeindeglied Hilfe in großer Not gebracht hat. — Vor einiger Zeit sind in der polnischen Presse gegen ihn schwere Anschuldigungen erhoben worden, wobei in leidenschaftlicher Weise ein Einschreiten der Behörden verlangt wurde. Tatsache ist, daß sich in einer Nachbargemeinde ein lebhafter Widerspruch gegen Tanzvergütungen in der Adventszeit erhoben hatte, was die kirchlichen Körperschaften zu einem energischen Schritt veranlaßt hat. Von anderer Seite ist diese Aktion der kirchlichen Körperschaften als Stellungnahme gegen behördliche Wünsche aufgefaßt worden. Der Pfarrer Mudrac und die in Betracht kommenden Ältesten kennt, weiß, daß ihnen solche Meinung völlig fern gelegen hat. — über die Gründe, die zu seinem Abtransport geführt haben, konnten wir nichts näheres erfahren. Pfarrer Mudrac gilt als staatenlos. Er hofft aber, daß ihm in seinem Staatsangehörigkeitsprozeß, der jetzt in letzter Instanz vor dem Obersten Verwaltungs-

schieden das Gerücht dementiert wird, als ob Italien eine wohlwollende Neutralität gegenüber der Wiederherstellung der Monarchie gewahrt hätte oder sogar die Rückkehr der Habsburger dulden würde. Ferner wird in dem Artikel erklärt, daß die Freundschaft Deutschlands und Italiens die Unabhängigkeit Österreichs vollkommen sicherstelle, die weder von Rom noch von Berlin bedroht werde.

Zwischenfall im Senatsauschuß. Kozłowski gegen Awiatkowski.

Der Haushaltsausschuß des Senats hat am Sonnabend seine Beratungen über den Haushalt abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit kam es zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall, in dessen Mittelpunkt der ehemalige Ministerpräsident Senator Kozłowski stand.

Vor Eintritt in die Tagesordnung meldete sich Senator Kozłowski zu Wort, um eine persönliche Erklärung abzugeben. Er knüpfte an die am Vortag gemachte Äußerung des Finanzministers Awiatkowski an, der gesagt hatte, daß die Regierung unter der Leitung des früheren Ministerpräsidenten Kozłowski für Polen nicht vorteilhaft gewesen sei, und daß sich in diesem Zeitraum viel Übel angeammelt habe, und erklärte dazu folgendes:

„Der Haushaltsabschnitt 1934/35, auf den sich die Äußerung des Finanzministers bezog, hat seinen Rechnungsbuchbericht, den Bericht der Obersten Kontrollkammer, er hat seine Publikationen. Die Dinge sind bekannt, Geheimnisse gibt es nicht. Die Oberste Kontrollkammer hat, wie übrigens alljährlich, einen großen Band herausgegeben. Sämtliche Zahlen sind bekannt. Ich stelle also fest,

daß der Minister die Unwahrheit gesagt hat.“

(Vorsitzender Senator Kostworowski: „Ich bitte Sie, sich gemäßigter auszudrücken.“) Der Herr Finanzminister ist nicht in der Lage, seine Behauptung zu beweisen. Ich muß auf eins hinweisen: Der Herr Finanzminister hat in seiner Erklärung vom Freitag einen neuen Ton in die Diskussion hineingetragen. Bisher war es nicht üblich, daß eine Regierung ihre Vorgängerin anklagt.“

Auf diese Erklärung hin verließen die anwesenden Regierungsvertreter den Sitzungssaal, und der Vorsitzende rief den Senator Kozłowski zur Ordnung.

Anschließend wurde eine kurze Pause anberaumt. Vizeminister Grodyński setzte sich telephonisch mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Awiatkowski in Verbindung, worauf der Vizeminister sich mit dem Vorsitzenden der Kommission, Senator Kostworowski, ins Einvernehmen setzte. Bald darauf wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Finanzminister auf die Äußerungen Kozłowskis im Senatsplenum bzw. bei einer anderen Gelegenheit antworten werde.

gericht in Warschau verhandelt wird, schon in den nächsten Monaten die polnische Staatsangehörigkeit zugesprochen wird.

Gleichzeitig ist Pfarrer Grothaus in Neustadt, Kreis Neutomischel, Wojewodschaft Posen, ausgewiesen worden, ein 46jähriger Geistlicher, der ursprünglich in den Dienst der Heidenmission treten wollte, durch den Ausbruch des Krieges aber verhindert worden ist, seine Absicht durchzuführen und der in unserem Kirchengebiet besonders durch seine Arbeit an der Jugend bekannt geworden ist. Die Zeitungsnachricht, daß sich Pfarrer Grothaus, der die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit besitzt, feindsüchtige Äußerungen gegen den Polnischen Staat habe zuschanden kommen lassen, ist durch nichts bewiesen und kann angesichts seiner Einstellung zum Polnischen Staat nicht als glaubwürdig erachtet werden.

Aufruf an die Reichsdeutschen im Ausland

Aus Berlin wird gemeldet:

Der Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP, Gauleiter Bohle, richtet einen Aufruf an das Auslandsdeutschtum, in dem er zunächst feststellt, daß die vom Führer vorgenommene Einsetzung eines Chefs der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt eine Tat darstelle, die von historischer Bedeutung für das Deutschtum im Ausland sein werde. Mit diesem Erlaß des Führers habe das Nationalsozialistische Reich am vierten Jahrestage der Großen Revolution einen Wendepunkt in der Geschichte des Auslandsdeutschtums geschaffen.

Nach einer Würdigung des Wandels, den das Reich in den vergangenen vier Jahren erlebt hat, betont Gauleiter Bohle, daß es ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Auslandsdeutschtums gewesen sei, trotz allen Spotts und aller Verachtung, mit der fremde Völker von Deutschland in den Jahren des Niedergangs sprechen durften, ihrem Deutschtum und ihrem bedrängten Vaterlande trenn gelieben zu sein. Mit berechtigtem Stolz dürften alle Mitglieder der Auslandsorganisation die Entwicklung der AD betrachten, deren Kern ganz wenige waren, die einst als erste das Hakenkreuzbanner draußen in der Welt aufpflanzten.

„Ohne die selbstlose und oft schwierige Mitarbeit der auslandsdeutschen Parteigenossen“, so sagt Gauleiter Bohle, „hätten meine Mitarbeiter und ich das Werk in der Heimat nicht vollbringen können.“ Ebenso gedenkt er dankbar bei

vielen hunderttausend Volksgenossen, die als wahre Nationalsozialisten an dem Aufbau einer wahren Volksgemeinschaft im Auslandsdeutschum mitgeschafft haben, ohne der Bewegung als Mitglieder anzuhören.

Gaulleiter Bohle schließt seinen Aufruf: „Wenn ich daher meine neuen Aufgaben als Chef der Auslandsorganisation im Auswärtigen Amt in Angriff nehme, so bin ich glücklich, zu wissen, daß meine Parteigenossen und Parteigenossinnen mir auch hierbei treu zur Seite stehen werden. Mein Ruf zur freudigen Mitarbeit an diesen Aufgaben, die ausschließlich dem Werk des Führers dienen werden, ergeht aber an alle Volksgenossen überall in der weiten Welt, die ihrem Reich verbunden und ihrem Führer treu sind. So wie das Auslandsdeutschum im tiefsten Herzen stolz ist auf das große Vaterland, das Adolf Hitler ihm wiedergab, so ist auch das neue Reich der Deutschen stolz auf die Haltung seiner Bürger im Ausland und auf das Ansehen, das sie bei ihren Gastvätern genießen.

An einem historischen Tage hat der Führer durch die Tat bewiesen, daß alle Volksgenossen des Reichs, mögen sie diesseits oder jenseits der Grenzen leben, einer einzigen Schicksalsgemeinschaft angehören. Für diese Idee der großen Gemeinschaft aller Reichsdeutschen hat Wilhelm Gustloff sein Leben gelassen. Mögen wir alle, die wir zur weiteren Mitarbeit an einem großen Werk berufen sind, eingedenk sein der ewigen Verpflichtung, immer nur zu dienen Adolf Hitler und Deutschland!

Damit beim „Kurjer Warszawski“ und seinen mißtrauischen Genesungsgegnern keine Mißverständnisse entstehen, die zu einer Verdächtigung der polnischen Staatsangehörigen deutschen Stammes führen könnten, sei ausdrücklich betont, daß sich dieser Aufruf auch dort, wo er allgemein von „Auslandsdeutschen“ und „Auslandsdeutschum“, spricht sich ausschließlich an die Reichsdeutschen im Auslande wendet.

Henleins Tagung in Ausig.

Konrad Henlein

Hielt am Sonntag in Ausig eine große Tagung ab, die in grundsätzlicher Form klar und eindeutig die politische Gestaltung und Kraft der Sudetendeutschen Einheitsbewegung in zielstrebiger Richtung aufzeigte. Was dem Tag von Ausig schon rein äußerlich sein Gepräge verlieh, war die geradezu elementare Wucht und disziplinierte Geschlossenheit einer festgefühten Gemeinschaft, die einfach „die deutsche Bewegung in der Tschchoslowakei“ geworden ist.

Von den Wänden und der schlicht geschmückten Tribüne des großen bis zum letzten Platz besetzten Versammlungsraumes grüßten die Fahnen der Bewegung und die Staatsfahne, als unter brandenden Zurufen Konrad Henlein mit seinem Stellvertreter Karl Hermann Frank und seinen Mitarbeitern Abgeordnete Ernst Rundi und Dr. Kreißl-Bodenbach den Saal betrat. Wie ein Gebühls klang das Lied der Arbeit auf. Einleitend teilte Konrad Henlein mit, daß er die in der letzten Amtswaltertagung in Ausig eingeleitete Hauptleitung der Partei aufgelöst habe. Er dankte allen früheren Hauptleitungsmitgliedern für ihre Arbeit und erklärte, daß der Amtsbereich der Hauptleitung nunmehr vollständig auf den Führerrat der SDP übergehe.

Als erster Redner der Tagung sprach zunächst Führeratsmitglied der SDP Dr. Kreißl-Bodenbach. Er zeigte auf, wie im Gegensatz zum alten Österreich die Entwicklung in der Tschchoslowakei immer deutlicher gegen die Selbstverwaltung in den Gemeinden gerichtet war. Er verlangte daher die Wiederherstellung der ursprünglichen Freiheit der Gemeinden und vor allem die sofortige Durchführung allgemeiner Gemeindevahlen, damit der Wille des Volkes auch hier zum Durchbruch komme.

Der Stellvertreter Henleins, Abg. Karl Hermann Frank, gab einen geschichtlichen Rückblick über die bisherigen „Etappen Sudetendeutscher Politik“. Die übernommenen Verpflichtungen der Tschchoslowakei aus der Tschchoslowakei eine „Art höherer Schweiz“ zu machen, seien ebensowenig eingehalten worden wie die Minderheitenschutz-Vestimmungen. Trotz des Eintritts sudetendeutscher Parteien in die Prager Regierung habe man das bisherige Unrecht keineswegs gemildert, es sei vielmehr ein weiteres Abgleiten des Rechts und des Besitzstandes des Sudetendeutschums eingetreten. Die Einigung der Sudetendeutschen unter Führung Konrad Henleins nach der Auflösung der nationalen Parteien im Jahre 1933 sei nicht verstanden worden, auch nach dem einzig dastehenden sudetendeutschen Wahltag von Mai 1935 habe man die angebotene Hand zum Frieden ausgeschlagen. Nun versuche man, mit deutschen Splinterparteien zu einer Art Ausgleich zu gelangen. In Wirklichkeit wurden aber nur alten Versprechungen neue hinzugefügt. Die deutsch-tschchoslowakei Frage könne nur mit der Mehrheit des Sudetendeutschums durch geschichtliche Vereinbarungen gelöst werden.

Ein Rechtsgutachten über die „Grundlagen einer Nationalitätenordnung in der Tschchoslowakei“ erhaltete der Abg. der SDP Rundi. Sieben Thesen stellte Rundi auf, die zur Erreichung des Friedens im Staate führen können: die Konstituierung der Völker und Volksgruppen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihr Zusammenwirken zum Staatswillen, die Einführung des nationalen Katasters, die Einführung der Selbstverwaltung durch diese natürlichen Gemeinschaften, die Neuregelung der Gerichts- und Verwaltungsorgane und die Einhaltung des Bevölkerungsschlüssels bei der Besetzung der Staatsämter, eine weitgehende Sektionalisierung der Staatsverwaltung und die Bürgerschaft dafür, daß jede Volksgruppe ihren Besitzstand erhalten und nähren kann.

Den Höhepunkt der Rundgebung bildeten die grundsätzlichen Erklärungen des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein. Das Volk als Blutz-, Schicksals- und Willensgemeinschaft stellte er in den Mittelpunkt seiner aufrüttelnden Ausführungen. Trotz aller Schicksalsschläge seien die Sudetendeutschen geistlich und biologisch ungebrochen; es sei ein Irrtum gewesen, zu glauben, sie würden durch die wirtschaftliche Verelendung verbluten, oder man könne die kulturelle Verbundenheit der Sudetendeutschen mit ihrem großen Muttervolk unterbinden. Nur mit Anwendung brutaler Gewalt könne ein tschchoslowakischer Nationalstaat verwirklicht werden. Die Verfassung sei nicht erfüllt worden, insofern sie die Gleichberechtigung aller Staatsbürger verbürgt. Die Sudetendeutschen können nicht zulassen, daß die ihnen verbürgte freie Entwicklung in eine babylonische Gefangenschaft umgewandelt werde. Jeder Sudetendeutsche sei ehrlich davon überzeugt, daß der Friede in der Tschchoslowakei nur durch die Anerkennung der

Volkspersönlichkeit und der Volkstumsgränze hergestellt werden könne. Die Grundfäße für die gerechte Lösung der Nationalitätenfragen seien die Einführung der Selbstverwaltung, die die Einheitlichkeit und die Grenze des Staates nicht verleihe, weiter auf Grund von nationalen Katastern die Zusammenfassung der Staatsbürger gleicher Volkstumszugehörigkeit in gleichberechtigte Körperschaften des öffentlichen Rechts, die die Eigenbestimmung auf dem Boden ihres Siedlungsgebietes und die Selbstbestimmung in allen Staatseinrichtungen zu erhalten hätten. Alles das müsse durch Gesetze sichergestellt werden.

Konrad Henlein kündete hierauf an, daß die Sudetendeutsche Partei dem Prager Parlament die nötigen Gesetzesvorlagen unterbreiten werde, damit nochmals eine Probe darauf gemacht werden könnte, ob und wie weit die Tschchen ehrlich eine Versöhnung wollen. Die sudetendeutschen Forderungen seien: Schutz der Heimat, Sicherung der Volkstumsgränze, Völkische Selbstverwaltung und Wiedergutmachung des den Sudetendeutschen seit 1918 zugefügten Unrechts. Unter großer Begeisterung forderte Henlein dann die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen ins Prager Parlament, damit die Regierung den Beweis erhalte, daß diese von ihm aufgestellten Forderungen wirklich von allen Sudetendeutschen gebilligt werden.

„Abermals“, so schloß Konrad Henlein unter dem stürmischen Jubel der Sudetendeutschen „strecke ich die Hand zum Frieden aus. Es ist möglich, daß sie nochmals ausgeschlagen wird. Da Recht und Wahrheit meine Helfer sind, werde ich mit Euch, meine Kameraden, weiterkämpfen. Wir wollen fest an unsere Mission glauben, die für ganz Europa Ruhe und Frieden bringen wird. Wir werden unablässig um die Erfüllung ringen, komme, was kommen mag!“

Die „Lusitania“ war ein bewaffnetes Schiff! Eine alte Greuellüge entlarvt.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus Washington:

Senator Pittman, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundes senats, erläuterte in einer Rundfunkrede über die National Broadcasting Co. den Neutralitätseinstwurf, der am Montag im Plenum des Senats besprochen wird. Pittman bezeichnete das Gesetz als eine Maßnahme zur Sicherung des amerikanischen Friedens.

Er ging dann auf die Katastrophe der „Lusitania“ ein und sagte, sie sei ein mit Angriffswaffen ausgerüstetes britisches Handelsdampfer gewesen. Über 100 Amerikaner seien dabei in der Kriegszone ums Leben gekommen. Pittman erklärte: „Diese Amerikaner hatten nichts auf einem bewaffneten Schiff eines kriegsführenden Staates zu suchen.“

Deutschland habe seinerzeit erklärt, es könne seinen Unterseebooten nicht zumuten, sich dem überraschenden Angriff eines Handelsdampfers auszuweichen. Präsident Wilson habe daraufhin die Alliierten gebeten, ihre Handelsdampfer nicht zu bewaffnen. Die Alliierten hätten dies aber abgelehnt und weitere Katastrophen seien gefolgt, bis der amerikanische Bundestag endlich den schweren Fehler begangen habe,

Republik Polen.

Ein päpstliches Handschreiben an Kardinal-Primas Hlond.

Der Kardinal-Primas von Polen, Erzbischof Dr. Hlond, hat vom Heiligen Vater ein Handschreiben erhalten, das wörtlich folgendermaßen lautet:

„Geliebter Sohn, Unseren Gruß und Apostolischen Segen zuvor! Überaus wert und lieb war Uns die Mitteilung Deiner Ergebenheit und Treue gegenüber dem Heiligen Stuhl, die Du Uns anlässlich des Weihnachtsfestes freundlich übermittelt hast, und zwar zugleich im Namen der Dir untergebenen Bischöfe, der ganzen Geistlichkeit und aller Gläubigen, besonders derjenigen, die zur katholischen Aktion gehören. Ein besonderer Trost für Uns waren die Worte, in denen Du so rührend unsere Bemühungen charakterisiertest, welche die Abwendung des tragischen Unglücks der sich gegenseitig bekämpfenden Menschheit zum Ziel haben. Mit väterlichen Gefühlen erleben Wir vom allergnädigsten Gott auch für Dich und Deine Herde alles das, was Du für die Kirche ersehnt und Uns wünschst. Möge inzwischen ein Pfand der himmlischen Gnade und ein Beweis Unserer besonderen Liebe der Apostolische Segen sein, den Wir im Herrn Dir, lieber Sohn, Deinen Bischöfen, Deiner Geistlichkeit und dem Deiner oberhirtlichen Sorge anvertrauten Volke senden.“

Gegeben in Rom zu St. Peter am 31. Dezember 1936 im 15. Jahr Unseres Pontifikats.

Pius XI. Papst.

Konflikt um die Bürgermeisterwahl in Lodz.

Die Vorgänge, die sich bei der Bürgermeisterwahl in Lodz abgepielt haben, sind durchaus symptomatisch für die schwierige innenpolitische Lage in Polen. Bei den Stadtverordnetenwahlen im vergangenen Jahr erreichten die Sozialdemokraten in Lodz bekanntlich die absolute Mehrheit. Infolgedessen wurde im vergangenen Monat in Lodz der Sozialdemokrat Berlicki zum Bürgermeister gewählt. Die Regierung verweigerte die Bestätigung.

Die Bürgermeisterwahl wurde nun am Donnerstag wiederholt und brachte dasselbe Ergebnis. Die Regierung wird trotzdem die Wahl nicht bestätigen, und es ist anzunehmen, daß ein Staatskommissar für die Verwaltung der Stadt Lodz eingesetzt wird.

Ähnlich wie die Verhältnisse in Lodz liegen, liegen sie auch in einigen kleineren Städten Polens. Man hofft nun, daß durch die Schaffung eines neuen Regierungsblocks eine Änderung in der Struktur der politischen Parteien eintritt. Der Parlamentarismus hat jedenfalls in Polen ein vollkommenes Fiasko erlitten und wirkt sich nur hemmend auf den gesamten Verwaltungsapparat aus.

Polnischer Rechtsanwaltsverband ohne Juden.

In der Hauptversammlung der Warschauer Abteilung des Verbandes polnischer Rechtsanwälte, dem Rechtsanwälte der verschiedensten politischen Gruppierungen angehören, wurden mit riesiger Stimmenmehrheit zwei Anträge angenommen, durch welche den Mitgliedern des Verbandes verboten wird, Juden als Appellanten anzunehmen. Die Verwaltung des Verbandes wurde ersucht, den Grundsatz einzuhalten, daß nur Polen Mitglieder des Verbandes sein können.

„bewaffnete Neutralität“ zu beschließen. So sei Amerika in den Weltkrieg verwickelt worden.

Die jungen Söhne Amerikas seien über den Ozean nach Europa geschickt worden, wo sie auf den Schlachtfeldern verbluteten. Es sei angebracht der unsmigen Opfer wahrlich nicht zu viel verlangt, daß Amerika in einem neuen fremden Krieg auf die Freiheit der Meere verzichte und die Schifffahrt den Kriegführenden überlasse.

Sowjetisch bei Gibraltar aufgebracht.

Spanische nationale Kriegsschiffe haben im Mittelmeer in der Nähe von Gibraltar einen bolschewistischen spanischen Übersee-Dampfer aufgebracht, der den Namen „Marques de Comillas“ führt und 35 sowjetische Tanks, 16 vollständige Batterien und eine große Menge von anderem Kriegsmaterial an Bord hatte.

Unwetter in England.

In England haben wolkenbruchartige Regenfälle in den letzten Tagen wieder große Überschwemmungen hervorgerufen. In den Küsten und in Südbengland herrscht ein schwerer Südweststurm, der an der Küste von Cornwall eine Stundengeschwindigkeit von 65 Meilen erreichte. In der Nähe von London wurden gestern 55 Meilen in der Stunde gemessen. Der Sturm hat in der Nacht an Stärke noch zugenommen.

Die schwersten Regenfälle gingen in Exeter nieder. Ein Wolkenbruch überschwemmte die Straßen der Stadt, die in wenigen Minuten unter Wasser standen. Die Bewohner mußten sich in die oberen Stockwerke der Häuser flüchten. In der Nähe von Llanelli in Wales wurde die neunjährige Tochter eines Bergarbeiters auf einem Feld, das unter Wasser stand, ertrunken aufgefunden.

Eine Schottland-Insel war 23 Tage nicht erreichbar.

Die Schottlandinsel Fair Isle ist 23 Tage von der Außenwelt völlig abgeschnitten gewesen. Am Sonntag konnte trotz des schweren Sturmes ein englisches Regierungsschiff an die Insel herankommen und die Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln versehen, die bereits knapp wurden. Der Postdampfer, der zwischen der Insel und dem Festlande verkehrt, wurde bei dem Sturm im Januar verschmettert, und seither war es unmöglich, an die Insel heranzukommen.

Im oberen Themsebecken ist der Fluß weiter im Steigen begriffen. In den süd- und mittelländischen Grafschaften sind viele Straßen unpassierbar. In Buckinghamshire ist eine Hauptstraße über 60 Zentimeter unter Wasser gefegt.

Den Regenfällen der letzten Tage sind in ganz England Schneestürme gefolgt. Die Temperatur fiel in den letzten 24 Stunden scharf und liegt mit Ausnahme an den Küsten um den Gefrierpunkt. An den Küsten herrscht ein heftiger Nordsturm, der am schwersten an den Nordost- und den schottischen Küsten tobt. Von überall her kommen Meldungen über große Schäden. In den Bezirken von Derbyshire tobt seit elf Stunden ein eisiger Schneesturm, der die Straßen unpassierbar machte.

Antisemitische Kundgebung in Straßburg.

Aus Paris wird gemeldet:

Die sozialistische Unterstaatssekretärin im Unterrichtsministerium, Frau Bruntschwid, sollte in der Straßburger Universität bei der Feier des 15. Gründungstages der Sozialschule den Vortritt führen. Ihr Erscheinen in der Universität gab jedoch den Anlaß zu einer antisemitischen Kundgebung, so daß die Regierungsvertreterin darauf verzichten mußte, das Wort zu nehmen. In dem Augenblick, als Frau Bruntschwid in Begleitung des Präsekten des Departements Unterthein und des Militärgouverneurs von Straßburg die Aula betrat, empfing sie ein gellendes Pfeifkonzert der versammelten Studentenschaft, die in Schmährufe auf den Ministerpräsidenten und seine Abgesandten ausbrach. Ununterbrochen wurden Knallkörper und Stinkbomben geworfen.

Die Universitätsbeamten waren vollkommen machtlos. Vergeblich versuchte der Dekan der juristischen Fakultät die Ruhe wiederherzustellen. Die Studenten antworteten durch Absingen der Marseillaise und donnernde Rufe: „Frankreich den Franzosen! Nieder mit Blum!“ Frau Bruntschwid konnte schließlich nur unter dem Schutz von vier Polizeinspektoren, die sie in die Mitte nahmen, aus dem Universitätsgebäude herausgebracht werden. Diese Vorfälle zeigen deutlich, wie groß die Empörung auch in der elsässischen Studentenschaft über den noch immer nicht beigelegten Schulkonflikt zwischen dem Kabinett der Volksfront und der elsässischen Bevölkerung ist.

Ras Destas Leiche wird zur Schau gestellt.

Aus Addis Abeba wird berichtet, Marshall Graziani habe den Leichnam des wegen Aufruhrs gegen die italienische Herrschaft hingerichteten Schwiegersohns des Regus, Ras Desta, nach Addis Abeba bringen lassen, um sie hier öffentlich zur Schau zu stellen. Der Zweck sei, die eingeborene Bevölkerung zu überzeugen, daß Ras Desta wirklich tot und damit dies letzte Kapitel abessinischer Widerstandes gegen die italienische Herrschaft seinen Abschluß gefunden habe.

Personalwechsel im Auswärtigen Amt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, kehrt Freiherr von Weizsäcker, der zurzeit im Auswärtigen Amt die Politische Abteilung leitet, auf seinen früheren Gesandtenposten nach Bern endgültig zurück. Diese Rückkehr entspringt dem persönlichen Wunsch des Gesandten. Über die endgültige Besetzung seines Berliner Postens, wie auch über die Besetzung des immer noch freien Postens eines Staatssekretärs in der Wilhelmstraße ist noch keine Entscheidung gefallen.

Goethemedaille für Karl Schönherr.

Der Führer und Reichskanzler hat dem Tiroler Dramatiker Dr. Karl Schönherr, der gegenwärtig in Wien lebt, anlässlich seines 70. Geburtstags in Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Kultur die vom Reichspräsidenten von Hindenburg gestiftete Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft verliehen.

Wasserstand der Weichsel vom 1. März 1937.

Krautau - 1,62 (- 2,47), Zawichost + 2,55 (+ 2,91), Warichau + 2,84 (+ 3,05), Ploct + 3,01 (+ 2,88), Eborn + 3,26 (+ 3,37), Fordon + 4,20 (+ 3,13), Culm + 2,10 (+ 2,32), Graudenz + 2,06 (+ 2,34), Kurzebrat + 2,34 (+ 2,31), Bielitz + 2,00 (+ 1,43), Wischau + 2,18 (+ 1,38), Einlage + 2,42 (+ 2,22), Schtewenhorst + 2,44 (+ 2,38). (In Klammern die Weidung des Vortages.)

„Annäherung“.

Gedanken zu einem zeitgemäßen Thema.

„Sie haben doch das letzte große Konzert der Martha Eggerth und des Jan Kiepura gehört, das von Krakau aus über alle polnischen Sender übertragen wurde?“

„Aber gewiß“ — ich bejahte die freundlich an mich gerichtete Frage eines polnischen Mitbürgers. „Möchten Sie etwa eine künstlerische Beurteilung dieses Abends von mir hören?“

„Nein, nicht das — aber, ist Ihnen als Deutscher nicht etwas besonderes dabei aufgefallen?“

„Ah, ich verstehe. Sie meinen sicherlich das sogenannte „Drum und Dran“. Da hat es mich und uns alle als Deutsche merkwürdig berührt, daß dieses Konzert im polnischen Rundfunk wohl in polnischer, daneben aber nur noch in französischer Sprache angefangen worden ist. Wir halten dies mehr als merkwürdig, wenn Filmschauspieler und Sänger aus Polen, die erst durch Deutschland zu Welt- und Reich- und — Reichtum gelangten, so „undankbar“ der deutschen Welt gegenüber sein können. Es wäre nach unserer Ansicht der geringste Grad von Höflichkeit und Dankbarkeit, wenn beide den deutschen Hörern und Verehrern, deren Zahl sicherlich weit größer ist als in Polen allein durch die Rundfunkansage auch in deutscher Sprache ein entgegenkommen erwiesen hätten. Wie klein ist die Zahl der Hörer, welche die französische Ansage versteht, wie ungleich größer aber die Zahl derer, die überall in Polen deutsch spricht oder versteht. — Und dann: jeder weiß, daß Martha Eggerth allein durch ihre deutschen Filme ein großes Repertoire an deutschen Liedern und Arien hat. Warum hat sie es dann geflissentlich vermieden, in Krakau deutsch zu singen? Erst um Mitternacht kam schließlich Schuberts „Reise nach Sibirien“ zum Vorschein. Können Sie mir das erklären?“

„Sie kennen Krakau zu wenig“, sagt mein polnischer Mitbürger. „Sie dürfen nicht vergessen, daß der jüdische Konzertbesucher dort etwas zu „bedeuten“ hat.“

— Eine plausible Erklärung, die man da vernahm; aber sie kann uns Deutschen nicht genügen, wenn wir an die große Zahl der kulturellen Beiträge (besonders die Filme über Polen!) von deutscher Seite denken, die eine wirkliche kulturelle deutsch-polnische Annäherung erstreben. Wo bleibt die Gegenseitigkeit, wenn auf der einen Seite Opfer gebracht werden, auf der anderen Seite aber nicht einmal eine kleine Höflichkeit wahrnehmbar ist. Schon damals als Turmwächler mit Philharmonikern in Polen konzertierte, hat man im polnischen Rundfunk die deutsche Ansage benutzt und dafür die französische Ansage gewählt, die nur von einem ganz kleinen Zuhörerkreis verstanden wird. Und jetzt bei Martha Eggerth und Kiepura, die ihren Aufstieg lebhaftig Deutschland zu verdanken haben, — die gleiche betrübliche Erfahrung.

Und wie sehr kommt es bei Freundschaftsbezeugungen, auch zwischen Völkern, oft auf kleine Höflichkeiten und Zerlichkeiten an! Sie sind oft das Dokument der Echtheit einer zur Schau getragenen Freundschaft.

Mein polnischer Mitbürger, der ebenso ernst ein gutes deutsch-polnisches Einvernehmen erstrebt (sollte er eine Seltenheit sein?), hat voll und ganz diese Ansicht geteilt. Aber, was nützt es, wenn Leute seines Schlages hier keinen Einfluß haben?

Ein weiteres Kapitel dieses Problems: In Graudenz hat das Rosenmontagsfest der Deutschen Bühne wie alljährlich eine große Anziehungskraft ausgeübt. Liegt es nicht im Sinne der deutsch-polnischen Annäherung auch bei uns, wenn Vertreter polnischer kultureller Vereine als Gäste zu diesem deutschen Fest eingeladen werden? Einzelne polnische Gäste leisteten dieser Einladung Folge.

Wenige Tage nach dem Fest schrieben die im Verlage des „Dzienn Pomorza“ erscheinenden Regierungsblätter (wohlgeachtet die Organe der deutsch-polnischen Annäherung fördernden Regierung!), es sei die skandalöse Tatsache zu verzeichnen, daß Polen ein deutsches Fest besucht haben. Die Namen dieser Polen seien für die Zukunft vorgemerkt worden!

Sicherlich ein interessanter Beitrag zum Problem der deutsch-polnischen Annäherung. Vielleicht sehr geringfügig — aber sehr aufschlußreich.

So sehen und erleben wir die deutsch-polnische Annäherung.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 1. März.

Zeitweilig stark bewölkt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweilig starke Bewölkung ohne wesentliche Niederschläge bei milden Tagestemperaturen an.

Deutsche Austausch-Konzerte

zwischen Westpolen und Lodz.

Im Januar d. J. ist bei einer Zusammenkunft von Vertretern des deutschen Musiklebens in Westpolen und den zuständigen Vertretern kultureller deutscher Organisationen in Lodz der Plan eines ersten Austausch-Konzertes deutscher Gesangsvereine in Westpolen und in Lodz erörtert worden. Ein solches Austausch-Konzert soll den ersten Versuch der Annäherung auf musikalischen Gebiet zwischen dem Deutschland Westpolens und Mittelpolens darstellen.

Das erste Austausch-Konzert findet am Sonntag, dem 4. April in Lodz statt, und zwar im Rahmen eines groß angelegten Kirchenkonzertes. Ausführende sind die Chöre vereine aus Polen und Bromberg, die ausschließlich Werke von Johann Sebastian Bach zu Gehör bringen werden. Als Austausch wird ein deutscher Männerchor in einer Stärke von etwa 60 Personen Gast in den Städten Thorn und Bromberg sein. Als Termin sind vorgesehen der 17. bzw. 18. April.

Diese ersten Austausch-Konzerte werden nicht nur ein musikalisches Ereignis darstellen, sondern dürften darüber hinaus das Deutschland der beiden Teilgebiete in ihren kulturellen Belangen einen wesentlichen Schritt näherbringen. Diese Austausch-Konzerte stellen, wie bereits erwähnt wurde, den ersten Versuch dar, und sollen, den finanziellen Gegebenheiten entsprechend, in Zukunft fortgesetzt und ausgebaut werden. Dieser Austausch dürfte in der deutschen Öffentlichkeit größte Beachtung finden, da er bei der allgemeinen schwierigen Lage das Deutschland der einzelnen Teilgebiete in seinen kulturellen Bestrebungen fördern wird.

Ein schöner Freund.

Ein Prozeß wegen Raubüberfalls fand vor der verstärkten Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatte sich der 27jährige Arbeiter Wladyslaw Szreder. Der Prozeß, der bereits am Dienstag zur Verhandlung angelegt war, mußte, worüber wir bereits berichteten, wegen völliger Trunkenheit des Hauptbelastungszeugen des 52jährigen Szejpan Fral, vertagt werden. Fral, der auf Beschluß des Gerichts wegen ungebührlichen Benehmens und Nichtachtung des Ansehens des Gerichts zu 3 Tagen Arrest verurteilt wurde, hat nun inzwischen seinen Raubschuß ausgeschlafen. Der Tatbestand dieses Prozesses ist folgender: Szreder und Fral kennen sich schon seit längerer Zeit. Am 16. November v. J. begegneten sich die beiden in der Stadt und beschloßen infolge der Kälte sich bei einem Glas Gajsta zu erwärmen. Sie besuchten dann später noch mehrere Gastwirtschaften und landeten schließlich in der Wohnung des hier Brunwaldzka (Chausseestraße) 79 wohnhaften Fral. Hier soll sich, wie aus der Anklageschrift hervorgeht, Szreder auf den Fral, der sich auf das Bett gelegt hatte, geworfen, ihn geschlagen und die Herausgabe von Geld gefordert haben. Unter Mitnahme eines Betrages von 8 Zloty, eines Mantels, sowie mehrerer anderer Kleidungsstücke verließ er dann die Wohnung. Am nächsten Tage erstattete der Überfallene bei der Polizei Anzeige, die den Sz. später festnahm.

Vor Gericht leugnet der Angeklagte jede Schuld rundweg ab und gibt an, daß er an jenem Tage auf dem hiesigen Bahnhof geschlafen habe, während Fral seine Wohnung aufgesucht hatte. Der Zeuge Fral macht seine Aussagen ziemlich unklar. Vor einigen Jahren sei er aus Amerika nach Polen zurückgekehrt und habe auch erspartes Geld mitgebracht, das er aber in einer Graudenzener Bank hinterlegt hatte, die inzwischen Konkurs angemeldet hat. Der Angeklagte habe in seiner Wohnung wahrscheinlich Geld vermutet, als er ihn, den Zeugen, an jenem Tage nach der Kneiptour nach Hause begleitete. Bei dem Kampf soll Sz. ihm sogar den Nagel vom Daumen der linken Hand abgerissen haben! Das Gericht gelangte zu der Überzeugung, daß die Aussagen des Zeugen, der an dem genannten Tage stark getrunken hatte, zu einer Verurteilung des Angeklagten nicht ausreichen, weshalb es diesen nach kurzer Beratung freisprach.

Der Reichsjender Breslau

erbittet die Aufmerksamkeit unserer Leser für die Sendung am Dienstag, dem 2. März 1937, um 19 Uhr:

Deutsche in Polen hört zu!

Konzert des großen Rundfunk-Orchesters
Leitung: Generalmusikdirektor Paul Richter-Germannstadt.
Solist: Arnold Kleitsch (Klavier).

1. Klavierkonzert H-Moll
2. Symphonie Nr. 3, G-Moll in vier Sätzen von Paul Richter.*

§ Ein mehrjähriges Dienstmädchen hatte sich in der 21 Jahre alten, bereits vorbehafteten Helene Nowakowska vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Die Angeklagte war bei dem hiesigen Kaufmann Goleczynski beschäftigt gewesen. Einer Nebenmieterin dieser Wohnung, Maria Konocka stahl sie einen Betrag von 65 Zloty. Für das Geld kaufte sie sich verschiedene Sachen und als sie von der Polizei ermittelte wurde, konnte man ihr noch 20 Zloty abnehmen. Das Gericht verurteilte die N., die sich zur Schuld bekennt, zu 3 Monaten bedingungslosem Arrest.

§ Auf raffinierte Weise hatte der 34jährige Maler Karol Minszyński dem hier ul. Dąbrowskiego 9 wohnhaften Josef Koelle einen Anzug im Werte von 100 Zloty entwendet. Während der Abwesenheit des N. erschien M. in dessen Wohnung und stellte sich Frau Koelle als guter Bekannter ihres Mannes vor, mit dem er angeblich ein Geschäft zu erledigen habe. Die Frau hat den Besucher Platz zu nehmen und bot ihm sogar eine Schnitte Brot an. Als er um eine Semmel bat, ging Frau R. zum Bäcker, um welche zu holen. Nach der Wohnung zurückgekehrt, stellte sie fest, daß der Besucher verschwunden war und mit ihm, wie es sich später herausstellte, ein Anzug aus dem Kleiderschrank. Minszyński hatte sich jetzt wegen dieses Diebstahls vor dem hiesigen Bürgergericht zu verantworten. Außerdem ist er angeklagt, dem Schuhmacher Stanislaw Dawczyniak einen Betrag von 15 Zloty gestohlen zu haben. Der Angeklagte bekennt sich in beiden Fällen nicht zur Schuld, wurde jedoch nach durchgeführter Beweisaufnahme zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

§ Fahrpläne vor Gericht. Vor dem hiesigen Bürgergericht hatte sich der 34jährige Arbeiter Budmil Górny zu verantworten. Mit ihm auf der Anklagebank hatten wegen Beihilfe bzw. Fehlerei Platz genommen die Frau des G., die Eheleute Józef und Wanda Sika. Dem Angeklagten Górny legt die Anklageschrift vier Fahrraddiebstähle zur Last, die er im vergangenen Monat verübt hatte. Die gestohlenen Räder nahm der Angeklagte teilweise auseinander und verkaufte sie an verschiedene Personen, u. a. an die Eheleute S. In der durchgeführten Beweisaufnahme konnten dem G. jedoch nur zwei Fahrraddiebstähle einwandfrei nachgewiesen werden. Dafür wurde er zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Frau erhielt wegen Beihilfe 6 Monate Arrest mit dreijährigem Strafaufschub. Die mitangeklagten Eheleute Sika dagegen wurden freigesprochen. — Vor dem gleichen Gericht hatten sich der 28jährige Jan Nowicki und der 25jährige Marjan Kanarkowski gleichfalls wegen Fahrraddiebstahls zu verantworten. Der Fehlerei mitangeklagt ist auch ein Bruder des Nowicki, Feliks N. Im Dezember v. J. hatten die drei Angeklagten in einem hiesigen Restaurant gekneipt, wobei dem Kanarkowski ein Fahrrad gestohlen wurde. Zusammen mit seinen Freunden veranschorte er sich auf die Weise, daß er kurz entschlossen einem in dem Lokal anwesenden Landwirt das Fahrrad stahl. Während Jan N. sich zur Schuld bekennt, leugnen die beiden anderen, den Diebstahl begangen zu haben. Das Gericht verurteilte die beiden erstgenannten Angeklagten zu je sechs Monaten Gefängnis und den dritten Angeklagten zu einem Monat Arrest. Allen dreien gewährte das Gericht einen zweijährigen Strafaufschub.

z. Nowoclaw, 26. Februar. Eine obdachlose Frau mit ihrem Kind wurde als Schwarzfaherin auf der Eisenbahn festgenommen. Sie wollte ohne Fahrkarte von Nowoclaw nach Warschau reisen.

Als der Kaufmannslehrling Feliz Szatkowski mit der Aufgabe einer Postsendung beschäftigt war, wollte ein junger Bursche ihm die Geldtasche aus dem Mantel ziehen.

Da der versuchte Diebstahl aber rechtzeitig bemerkt wurde, flüchtete der Täter, konnte aber gefaßt und der Polizei übergeben werden.

ss Rogilno, 25. Februar. Für die Arbeitslosen wurden bisher abgestellt bzw. gespendet, von den Städten: Rogilno 232,26 Zloty, Tremeszen 573,67 Zloty, Strelno 2,58 Zentner Roggen, 1 Zentner Weizen, 33 Zentner Kartoffeln sowie 735,41 Zloty, Kruszwitz 84 Zentner Kartoffeln und 1310,15 Zloty, Pafosch 897,17 Zloty. Die neun Landgemeinden lieferten und spendeten 1006 Zentner Roggen, 6,30 Zentner Gerste, 5 Zentner Hafer, 2741 Zentner Kartoffeln, 2,30 Zentner Mohrrüben und 12,50 Zentner Brufen sowie 2337,04 Zloty Bargeld. Außerdem beteiligte sich daran die Kommunalkasse mit 1895,24 Zloty und die Starostei mit 2330 Zloty.

* Morizfelde (Murncin), 25. Februar. Der Bienenzüchter-Verein Murncin und Umgegend hielt hier kürzlich seine Monatsversammlung ab. Leitung und Vortrag hatte der Vorsitzende Lehrer Köhler übernommen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles fand ein gemütliches Beisammensein statt.

Die Frauen-Abteilung der Ortsgruppe Lukowice (Wielgoc) hielt in ihrem Vereinszimmer ihre Monatsversammlung ab.

ss Samter (Szamotyly), 26. Februar. Tragischer Tod durch Verschüttung. Bei dem Landwirt Woleslaw Szamty in Podziewie war der 19jährige Arbeiter Józef Piasecki beschäftigt. Dieser ging morgens an eine Miete, um für das Vieh Futterrüben zu holen. Als er sich in der Miete befand, löste sich plötzlich ein größerer Block Erde, der den Arbeiter unter sich begrub. Nach längerem Suchen und Abgraben der Erde wurde Piasecki nur als Leiche geborgen.

ss Schubin (Szubin), 25. Februar. Im hiesigen Kreise wurden bisher für die Winterhilfe der Arbeitslosen insgesamt an Bargeld und Naturalien 36346,64 Zloty gesammelt. Diese Summe verteilt sich folgendermaßen: Kreiskomitee 15 963,98 Zloty, Lokalkomitee in Bartoschin 3904,30 Zloty, Exin 4230,45 Zloty, Labischin 839,82 Zloty, Schubin 882,75 Zloty, Gemeindefomitee Bartoschin-Dorf 3909,58 Zloty, Chomelowo 1136,14 Zloty, Królikowo 2615,30 Zloty, Labischin-Dorf 594,52 Zloty, Lankowice 838,20 Zloty, Samolleski Maz 1230,52 Zloty, Sipiory 854,08 Zloty. Es werden weitere reichliche Spenden an Geld und Naturalien erwartet.

+ Weihenhöhe (Wielosławice), 24. Februar. Der Gemeinderat beschloß in seiner letzten Sitzung in Anwesenheit des Kreisstarosten das Budget für das Etatsjahr 1937/38 in Höhe von 34 000 Zloty in Ausgabe und Einnahme. Im Etat erscheint zum ersten Mal ein Betrag von 100 Zloty für Zuwendungen an Landwirte zur Anschaffung von Rassef Schweinen. Wößt der Gemeinde ist St. Braniewicz, Sekretär Roman Studa.

ss Wogrowitz (Wagrowicz), 25. Februar. Der hiesige 47jährige Eisenbahner Józef Guzyl fiel einem furchtbaren Unglücksfall zum Opfer, der den Tod des Mannes zur Folge hatte. Während des Rangierens wollte er einen Hemmschuh vor einen abgestoßenen Wagen legen, wobei er unter die Räder geriet, die ihm beide Beine abschnitten. Der Verunglückte starb nach kurzer Zeit. Er hinterließ seine Frau mit sieben Kindern.

† Birzich (Bryzich), 25. Februar. Gemäß einer Anordnung des Kreisstarosten findet eine Sitzung der Mäße, Waagen und Gewichte in Rafel, Lokal Brufke für folgende Sammelgemeinden: Debowo, Karnowo, Karnowko, Kosowo, Malocin, Dżewko, Pateret, Polidno, Rozwazyń, Suchary und Trzciewnica in der Zeit vom 2. März bis 25. März 1937 statt.



Die deutschen Stimeisterschaften in Polen

Am Sonntag wurden in Szczecin in den Bestiden die deutschen Stimeisterschaften in Polen ausgetragen. In diesen Meisterschaften nahmen auch Sportler aus anderen Ländern, u. a. auch Deutschland und Österreich teil.

Im Stalom der Frauen siegte Frau Ritter-Schwabe (Österreich) mit 2,31. An zweiter Stelle folgte Frl. Gajdušek (Wielicz) mit 3,09. Den dritten Platz belegte gleichfalls eine Vielstyerin und zwar Lucie Wipich mit 3,66.

Im Stalom der Männer siegte der Österreicher Wolfgang Friedel mit 1,66. Es folgten: Walter Holmann (Tschechoslowakei) mit 1,78, Adolf Günther (Deutschland) mit 1,78, Herbert Leopold (Deutschland) mit 1,93, Hans Wolff (Wielicz) mit 1,97, Roland Bartelsh (Wielicz) mit 1,98, Theodor Weinichen (Wielicz) mit 2,02, Wagner (Wielicz) mit 2,04 und schließlich die Vielstyer Plonta und Vogel.

In der alpinischen Gesamtwertung um den Bestiden-Pokal siegte Frau Ritter-Schwabe (Österreich) vor Gajdušek (Wielicz). Die alpinische Kombination der Männer gewann der Österreicher Wolfgang Friedel vor Holmann.

Vorkampf zwischen Bromberg und Gnesen.

Am Sonntag fand in Bromberg ein Städtekampf im Boren zwischen Bromberg und Gnesen statt. Es war das dritte Treffen dieser beiden Städte und zum dritten Mal hat Bromberg den Kampf gewonnen und zwar diesmal mit der Punktzahl von 13:3. Bromberg hat somit den Pokal des Stadtpräsidenten von Bromberg endgültig gewonnen.

Am gleichen Tage fand ein Städtekampf im Korfball zwischen einer Repräsentation von Bromberg und einer Repräsentation von Gnesen statt. Es siegte gleichfalls Bromberg mit 30:31. Im Korfball der Frauenmannschaften dieser beiden Städte gewann Bromberg mit 2:0.

Neuer Weltrekord im Hochsprung.

Wie aus Newyork gemeldet wird, fiel bei den Leichtathletischen Meisterschaften von Nordamerika ein neuer Weltrekord im Hochsprung und zwar stellte ihn der Neger Edward Burke mit 2,08 Metern auf.

Niederlage polnischer Schlittschuhläufer in Lettland.

Bei den Länderwettkämpfen im Schlittschuhlauf, die ausschließlich zwischen Polen und Lettland ausgetragen werden, siegte in Riga beim 1500 Meter-Lauf der Lette Berzins in der Zeit von 2:51,3 vor dem Polen Kalbarczyk mit 2:52,1. Der Lette Stradz belegte in der Zeit von 2:52,6 den Polen Wisket mit 3:12,1. Im 3000 Meter-Lauf belegte der Lette Stradz Wisket in der Zeit von 6:52, (7:57,4). Im 10 000 Meter-Lauf siegte Berzins vor Kalbarczyk mit 23:14,4 (23:34).

Bei den Frauen siegte im 3000 Meter-Lauf Rehring (Polen) mit 7:39,1 und zwar im Alleingang, weil die Lettin Meistin den Lauf aufgab.

In der allgemeinen Punktwertung siegte Lettland mit 455,41 Punkten.

Chef-Redaktion: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übri- unpolitischen Teil: i. B.: Arno Ströbe; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prawaodaki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Bromberg, Dienstag, den 2. März 1937.

Pommerellen.

1. März.

Graudenz (Grudziadz)

Der Deutsche Bücher-Verein

trat am Sonnabend wieder einmal mit einem literarisch wertvollen Vortragsabend hervor. Es war bis dahin eine ungewöhnlich lange Pause zu verzeichnen gewesen. Diese bedauerliche Tatsache erklärte der Vorsitzende, Gymnasialdirektor Hilgendorf, dahin, daß es dem Verein trotz aller eifrigsten Bemühungen leider nicht gelungen sei, auswärtige Redner um für eine Veranstaltung zu erhalten. Der Redner dankte dem Vortragenden, Professor Dr. Heinz Kindermann von der Technischen Hochschule in Danzig, dafür, daß er so oft schon im Deutschen Bücher-Verein den Hörern durch seine tiefgründigen, umfassenden Vorträge aus den Gebieten der Literatur erhebende Stunden geboten habe. Professor Kindermann verläßt demnächst sein Wirkungsgebiet im Osten und übernimmt eine Professur an der Universität Münster. Das nahm Direktor Hilgendorf zum Anlaß, Prof. Kindermann in herzlichen Worten zu verabschieden, daß seine Graudenz Vortragsbesucher in aufrichtigster Erkenntlichkeit ihm in sein neues Arbeitsgebiet die besten Wünsche für weiteres fruchtbares Wirken und persönliches Wohlergehen mitgeben.

Professor Dr. Kindermann, der sodann das Rednerpult betrat, sprach zunächst seinen Dank für die ihm gewidmeten freundlichen Begrüßungs- und zugleich Abschiedsworte aus, und wies auf seine zehnjährige Lehrtätigkeit in Danzig hin. Er gehe jetzt nach dem Westen, aber sein Herz bleibe hier. Wie sehr er sich mit dem Auslandsdeutschtum verbunden fühle, möchte er daran zeigen, daß er sein erstes Kolleg im neuen Lehrstuhl über auslandsdeutsche Dichtung halten werde. Erzähler Beifall bewies dem Redner, daß er sich in Graudenz in der Tat aufrichtig dankbare Herzen errungen hat.

Das Thema, zu dem der Vortragende nunmehr überging, lautete: „Gemeinschaft und Persönlichkeit in Goethes dichterischem Werk“. Alle Erscheinungsformen menschlichen Lebens und Schaffens unterliegen in einer Zeit der Wende zweier Epochen einem grundlegenden Wandel. Das gilt auch von der Dichtung, die man früher als bloßen Zierat, als rein ästhetische Veranschönerung ansah. Ihr ist aber eine große Sendung im Lebensraum eines Volkes zu geschichts- und willensbildender Kraftentfaltung eigen. Vor zehn bis zwanzig Jahren stellte man andere Fragen, als sie jetzt von der Forschung ausgehen. Eine der heutigen Fragen an die Vergangenheit ist diejenige nach Einstellungs- und Persönlichkeits- und Gemeinschaft. Da ist es gewiß natürlich, daß diese Frage auch Altmeister Goethe betrifft. Aus den Werken Goethes leitet der Vortragende nun dar, wie Goethe, der doch meistens als übernationaler, kosmopolitischer Geist geschildert werde, dies keineswegs gewesen sei, sondern daß in seinem dichterischen Schaffen die Gegenüberstellung von Persönlichkeit und Gemeinschaft eine feste und greifbare Gestaltung angenommen hat. Zu Goethes Werkezeit habe es nicht gemeinheits, sondern nur gemittetes Leben gegeben, und doch sei sein Werk zu beglückendem Erfassen deutscher Lebensidee hinausgewachsen. Mit den Jahren sei diese Wendung immer klarer, immer leuchtender geworden. Redner legte diesen Gestaltungsweg an einer großen Zahl von Ausschnitten aus Goethes Werken dar.

Stürmischen Beifall erntete der Redner bei dem bescheidenen Beifall recht bescheidenen Zuhörerkreise. Möchte doch — und das hoffen wir mit dem Vorsitzenden des Kulturfördernden Bücher-Verein — die folgenden Veranstaltungen (zunächst musikalischer Art) verdientere Würdigung bei unserem deutschen Publikum, d. h. einen bedeutend besseren Besuch finden!

Das Restaurantgebäude in Böslershöhe

(Strzemieczin) sollte bekanntlich einem vor mehreren Jahren gefaßten Beschluß der städtischen Körperschaften zufolge, seiner gefährdeten Lage wegen abgebrochen werden. Die wiederholt dort in der Nähe eingetretenen Erdverschiebungen und -abstürze legten eine solche Absicht ja auch nahe. Später gelangte man in den maßgebenden Kreisen zu der Ansicht, daß die Gefahr für das schön gelegene, eine Zierde der dortigen Landschaft bildende Gebäude doch nicht so bedrohend wäre, daß die Beseitigung des Hauses absolut erfolgen müßte. Die mehrfach vorgenommenen geologischen Untersuchungen des in Frage kommenden Geländes dürften diese Ansicht gewiß gestützt haben. Und so steht das hübsche Gebäude heute noch, und wird aller Wahrscheinlichkeit auch noch lange stehen bleiben. Der Stadtgemeinde erwachsen durch seine Erhaltung allerdings Ausgaben. Ein Restaurantbetrieb in eigentlichem Sinne wird dort nicht mehr geführt.

Das städtische Budget für das Jahr 1937/38 sieht in seinem Anhang 3 für die Renovation des Gebäudes eine Summe von 920 Zloty vor. Außerdem sind 93,46 Zloty an Gebäudesteuer, sowie 53,66 Zloty für Versicherung zu entrichten. Weiter enthält der Haushaltsvoranschlag eine an die „Pächterin“, die dort sozusagen auf eigene Gefahr wohnt, zu zahlende Betrag von 8 Zloty pro Woche für die Betreuung des Gebäudes vor.

Wieder Brotpreis-Erhöhung. Der Stadtpräsident gibt bekannt, daß seit dem 27. d. M. der Preis für ein Kilogramm Roggenbrot 38 Groschen, somit wieder 1 Groschen mehr als bisher, beträgt. Die immer aufs neue bewilligten Preis-Erhöhlungen beweisen, daß sich auch die Stadtverwaltung den Forderungen der Bäcker nicht verschließen konnte. Für diese aber entfällt damit immer mehr der Grund zur Unzufriedenheit. Es dürfte demnach zu der von ihnen indirekt angekündigten Einstellung des Brotbackens nicht kommen.

Eine dankenswerte Tätigkeit entfaltet in bezug auf die Ausübung von Wohltätigkeit auch das hiesige Komitee zur Hilfe für Kinder und Jugendliche. Sein Vorsitzender ist Dr. Gruszewski, Oberarzt bei der Sozialversicherung, sein erster Stellvertreter Schulinspektor Lesja. Ende vorigen Jahres begann dieses Komitee mit der Speisung von Schulkindern. Im Dezember wurde in 13 Volksschulen eine Probe-Speisungswoche durchgeführt, bei der etwa 2000 Kinder in Betracht kamen. Seit dem 12. Januar d. J., d. h. seit dem Schluß der Weihnachtsferien, erhalten nahezu 3000 Kinder Mittagessen. Seiner dürfte das Komitee seine

legensreiche Arbeit nicht mehr lange fortsetzen können, da es trotz aller eifrigen Bemühungen des Vorstandes dieser Organisation nicht gelingen will, die erforderlichen Geldmittel zu erlangen.

Ein weiteres städtisches Statut zur Einsicht ausgelegt. Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß das von der Stadtverordnetenversammlung am 2. Oktober v. J. beschlossene und durch Dekret der Wojewodschaft unter dem 17. November v. J. bestätigte geänderte Statut über die für die öffentlichen Vergnügungen, Schaustellungen usw. zu erhebenden Gebühren auf die Dauer von 4 Wochen im Rathaus, Zimmer 314, zur Einsichtnahme durch die daran Interessierten ausgelegt worden ist.

Genehmigte Spendensammlung. Die Burgstaroste hat dem Katholischen Verein der Taubstummen auf seinen Antrag die Veranstaltung einer öffentlichen Sammlung für seine bedürftigen Mitglieder genehmigt. Die Sammlung muß innerhalb der Zeit vom 1. bis zum 15. März d. J. durchgeführt werden. — Es ist also eine außerhalb der offiziellen Winterhilfsaktion stehende Sonder-Sammlung.

Dem letzten Polizeibericht zufolge wurden drei Betrunkene, zwei Landstreicher und illegale Händler und ein Betrunkener festgenommen, ferner zwei Kusscher wegen Nichtbeleuchtung ihrer Wagen bei Dunkelheit strafgemeldet.

Der Sonnabend-Wochenmarkt hatte wieder ein gutes Angebot. Infolgedessen war auch der Verkehr lebhafter, wenn auch nicht ganz zufriedenstellend. Man zahlte für Butter 1,30—1,40, Molkereibutter 1,60, Eier 1,20—1,30, Weiszfleisch 0,10—0,40, Äpfel 0,30—0,50, Tafeläpfel 0,70—0,80, Tomatenpurée in Flaschen 0,20—0,60, Schnittlauch pro Topp 0,15—0,20, Weißbrot 0,05—0,08, Rotkohl 0,10—0,12, Rosenkohl 0,40, Mohrrüben, Rote Rüben, Wurzeln 0,10, Zwiebeln 0,10, Grünzeug 0,05—0,10, Bohnen 0,20—0,30, Erbsen 0,15—0,30, Kartoffeln Pfund 0,04—0,05; Gänse 6,00, Puten 4,50—6,00, Hühner 1,80—3,50, Tauben Paar 1,00; Karpfen 1—1,20, Hechte 1,00, Schlei 1,00, Karauschen 0,80—1,00, Flöhe 0,25—0,40, grüne Heringe drei Pfund 1,00, Schellfische 0,30, Stinte 0,20; Palmkäschen, Osterruten Bsch. 0,10, Tannengrün 0,05—0,10, Blumensträußchen 0,10—0,30, Blumentöpfe 0,50—1,00 und mehr.

Thorn (Torun).

Revison der Tätigkeit des Wojewodschafts-Bezirks-Komitees der Arbeitslosen-Winterhilfe in Thorn.

Dieser Tage nahm die Revisionskommission des Pommereller Bürgerkomitees der Arbeitslosen-Winterhilfe unter dem Vorsitz ihres Präses Koblowski eine Revison der Tätigkeit des Wojewodschafts-Bürgerkomitees für die Arbeitslosen-Winterhilfe in Thorn vor. Die Revisionskommission bestätigte hierbei das Reglement, welches u. a. vorschreibt, daß die Ausfahrten der Mitglieder der Revisionskommission zur Vornahme von Revisonen im Terrain wie auch die Kosten der Reisen der Kommissionsmitglieder zu den Sitzungen von den Mitgliedern der Revisionskommission persönlich getragen werden. Weiter wurde festgestellt, daß das Wojewodschaftskomitee tätig war durch: 16 Bürgerkomitees der Arbeitslosen-Winterhilfe, 153 Gemeinde-, 3 abgeordnete Stadt- und 33 Städtische Komitees der Arbeitslosen-Winterhilfe. — Mit Rücksicht auf das Fehlen der erforderlichen Unterlagen wurde die Prüfung der durch die Kreis- bzw. Städtischen Revisionskommissionen an das Wojewodschaftskomitee zu sendenden Rechnungs- und Kassenberichte bis auf weiteres zurückgestellt. Als letzter Termin für die Einreichung der Protokolle durch die Kreis- bzw. Städtischen Komitees wurde der 10. März d. J. festgesetzt, nach welchem Termin die Revisionskommission zur Kontrollierung der Rechenschaftsberichte der Kreis-Bürgerkomitees der Arbeitslosen-Winterhilfe schreitet. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, von den Kreis-Bürgerkomitees spezielle Aufstellungen der Opferwilligkeit der einzelnen Bevölkerungsschichten für die Winterhilfe anzufordern, und dies zur Feststellung der Bevölkerungsfreie, die dieser Bürgerpflicht nachkommen sowie, auch derjenigen, deren Opferwilligkeit bis zur Höhe der freiwillig übernommenen Verpflichtungen gesteigert werden kann.

Der Wasserstand der Weichsel nahm seit dem Vortage wiederum um 21 Zentimeter zu und betrug Sonnabend früh 3,37 Meter über Normal. Nimmereit ist bereits ein Teil des niedrigeren Ufergeländes zwischen der sogenannten Defensionskaserne und dem Winterhafen von Wasser überflutet, ebenso das Kämpengelände oberhalb der Jakobsvorstadt und auf dem linken Ufer. Am Sonnabend setzte sich die Eisdecke unterhalb der Marschall Pflandstraße in Bewegung und trieb einige hundert Meter abwärts; in der Nähe des Winterhafens kam sie wieder zum Stehen. Zwischen dieser Brücke und der Eisenbahnbrücke sowie oberhalb davon hat sich in den Eisverhältnissen noch nichts geändert.

Eine Brotpreis-Erhöhung nach der anderen. Nachdem erst kürzlich der Preis für 1 Kilogramm Brot aus 55 Prozentigem Roggenmehl auf 36 Groschen heraufgesetzt worden war, hat jetzt die Stadtverwaltung auf den Antrag der hiesigen Bäckereinnung hin einer weiteren Erhöhung um 1 Groschen zugestimmt. Dieser neue Preis von 37 Groschen verpfichtet ab 27. Februar.

Erhöhte Fleischpreise! Die Stadtverwaltung Thorn hat auf Antrag der Fleischerinnung und nach Prüfung deren Kalkulation neue Höchstpreise für Schweinefleisch und Fleischwaren festgesetzt, die bereits am 27. Februar in Kraft getreten sind. Die Erhöhung erfolgte auf Grund der in letzter Zeit gestiegenen Schweinepreise. Die neu verpflichtenden Höchstpreise sind folgende (je Kilogramm): Speck 1,80, Linsen 1,80, Kopf und Füße 0,50, Dackel 1,30, Rotkohl 2,40, Seitenstück 1,50, Schinken 1,70, Königsberger Wurst 1,60, Knoblauchwurst 1,20—1,60, Leberwurst 1. Sorte (Leberpastete) 2,40, 2. Sorte 1,60, 3. Sorte 1,00, Preßwurst 1,00—2,00, Grünwurst 0,60—1,00, Polnische Wurst 1,60, Edmalz 2,40 Zloty.

Baubewegung im Januar. Im Monat Januar erteilte die Bauabteilung der Stadtverwaltung nur zwei Baukonsense — zum Bau eines Wohnhauses und zum Einziehen von Dachbalken.



Der Ruderverein „Thorn“ hielt Donnerstag abend unter reger Beteiligung seiner Mitglieder seine Jahreshauptversammlung ab, die durch den Vorsitzenden E. Laengner eröffnet wurde. Nach der Verlesung der eingegangenen Schreiben und nach erfolgter Aufnahme von vier neuen Mitgliedern gaben der Vorsitzende, der Kassenwart sowie die Fahr-, Boots- und Hauswart ihre Jahresberichte bekannt. Auf Antrag der Rechnungsprüfer wurde dann dem Gesamtvorstand, und zwar einstimmig, Entlastung erteilt. Die sich anschließende Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender E. Laengner, zweiter Vorsitzender R. Hinz, Schriftwart S. Becker, Kassenwart S. Stoller, erster und zweiter Fahrwart Fr. Prowe und Kling, Bootswart C. Imes, Hauswart A. Szamini, Vertreter der Pajswen A. Freining und M. Krüger, erste und zweite Obmännin der Frauenriege Fr. Zulawski und Frau Traud Prowe. Der bereits in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung vorgeschlagene Haushaltsplan gelangte ohne Änderung zur Annahme. Ferner wurde beschlossen, jeden ersten Donnerstag im Monat einen Klubabend zu veranstalten, damit auch die nicht-ausübenden Mitglieder Gelegenheit haben, im Kreise der Ruderkameraden einige unterhaltende und gesellige Stunden zu verbringen. Die Hauptversammlung wurde um 11 Uhr geschlossen.

Wegen Herunterreißen von Bekanntmachungen und Plakaten auf den Straßen wurde ein gewisser Antoni Pniawski durch das hiesige Gericht zu 7 Tagen Arrest verurteilt.

Konitz (Chojnice)

Bei einer Kontrolle der Bäckereien wurden in mehreren Fällen bei den Vierfund-Brotten Fehlgewicht festgestellt. Die betreffenden Bäckermeister werden sich deshalb zu verantworten haben.

In Bruß wurde der Verwalter der Mühlenwerke Ceres Anton Hubert verhaftet. Es besteht der Verdacht, daß er größere Unterschlagungen begangen hat.

In der Synagoge wurden nachts 16 Scheiben eingeschlagen. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Am 30. August vorigen Jahres wurde, wie damals berichtet, der Arbeiter Guziński von dem Fischereipächter Voigt-Schwornigak beim Fisch- und Wilddiebstahl betroffen. Es kam zwischen beiden zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf Guziński mehrere Schußverletzungen erhielt und nach einigen Tagen verstarb. Voigt wurde sogleich verhaftet und am 3. Dezember vor dem hiesigen Bezirksgericht freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und das Appellationsgericht in Posen verurteilte Voigt jetzt zu 15 Jahren Zuchthaus. Er wurde nach der Urteilsverkündung sofort in Haft genommen.

h Köban (Kubawa), 26. Februar. Beamten der Grenzwehr fanden auf dem Felde beim Dorfe Pomierki in einem Strohschuber die Leiche eines Säuglings und setzten von dem Fund die Polizei in Kenntnis. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Dienstmädchen aus Pomierki die Mutter des Kindes ist. Das Kind kam lebend zur Welt, fand aber den Tod. Die Mutter des Kindes wurde, da sie krank ist, ins hiesige Krankenhaus eingeliefert.

p Neustadt (Wejherowo), 27. Februar. Das hiesige Standesamt registrierte in der Zeit vom 17. bis 26. Februar 15 Geburten (10 männlichen, 5 weiblichen Geschlechts) und 4 Todesfälle.

g Stargard (Starogard), 26. Februar. Vor dem Stargarder Gericht stand dieser Tage Lucjan Wigus, Inhaber des Strafgefängnisses in Kuronowo, der im vorigen Jahre eine gewisse Maria Platcka mit dem Tode bedroht hat. W. wurde für diese Tat zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. In die Wohnung des Bezirksrichters Mahja in der Danzigerstraße drangen in einer der letzten Nächte Diebe ein und stahlen Kleidungsstücke und andere Wertgegenstände. An der weiteren Ausplünderung der Wohnung wurden die Diebe durch einen Wohnungsnachbarn gestört.

Tuchel (Tuchola), 26. Februar. In diesen Tagen fand in der Aula des Stadtgymnasiums eine Stadtverordnetenversammlung statt, die von Bürgermeister Saganowski eröffnet wurde. Erschienen waren 15 Stadtverordnete. Der erste Punkt war die Wahl eines neuen Vizebürgermeisters, es wurde der Direktor des Kolnit, Moissus Epiza, gewählt. Ferner wurde beschlossen, dem Pommerellischen Verein für Schrebergärten in Thorn (Torun) beizutreten und wurde hierfür 35 Zloty jährlicher Beitrag bewilligt. Der letzte Punkt war der Beschluß über das Budget für das Wirtschaftsjahr 1937/38 gewidmet. Das Budget weist in seinen Ausgaben und Einnahmen die Summe von 106 000 Zloty auf und zwar für die Gasanstalt 73 000 Zloty, für das Schlachthaus 12 250 Zloty, für den Viehmarkt 1883 Zloty und für das Armenhaus 5000 Zloty. In der freien Aussprache wurde die neue Nummerierung der Häuser der Stadt Tuchel vorgebracht. Darauf wurde die Sitzung vom Bürgermeister geschlossen.

32 000 Gesetze und 50 000 Rundschreiben.

In der Vollziehung des Sejm wurde, wie wir bereits berichtet haben, am Donnerstag das Finanzgesetz und der Staatshaushalt für das Wirtschaftsjahr 1937/38 gegen die Stimmen der Juden und Ukrainer angenommen. Unter den Entschliessungen, die im Anschluß hieran zu dem Beschluß erhoben wurden, ist noch ein Antrag zu nennen, in welchem die Regierung ersucht wird, den Fälligkeitstermin der außerordentlichen Vermögensabgabe für das Jahr 1937 auf die Zeit nach der Ernte zu verschieben. Zum Haushalt des Kultusministeriums wurde eine Resolution beschlossen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, den Gregorianischen Kalender auch für die anderen Bekenntnisse (für die Orthodoxen) einzuführen. Ein weiterer Gesetzesentwurf betraf die Ausdehnung der außerordentlichen Vermögensabgabe auf die Wirtschaften, die mit einer Rentenschuld belastet sind, d. h. auf Wirtschaften, die in den Wojewodschaften Polen, Pommern und Schlesien gelegen sind.

Eine lebhaftere Aussprache entwickelte sich sodann bei dem Gesetzesentwurf über eine Beschränkung von Manipulationen mit Landflächen, die aus der Parzellierung hervorgegangen sind. Dieses Gesetz sieht vor, daß Siedlungen, die bei der Parzellierungsaktion entstanden sind, nicht geteilt und nicht verkauft werden dürfen. Gegen dieses Gesetz wurden verschiedene Einwendungen erhoben. U. a. wurde der Bestimmung Ausdruck gegeben, daß der Landumsatz von den Starosten abhängig gemacht werden würde. Im Falle der Ablehnung des Starosten werde der gemeinsame Besitz auch weiterhin bestehen und nach längerer Zeit zu irgend einer Familien-Kommune führen. Auch die ukrainischen Abgeordneten sprachen sich gegen das Gesetz aus. „Wir warnen“, so erklärte Abgeordneter Jawaljut, „rechtzeitig vor ähnlichen Experimenten, auf diese Weise erfüllen wir nur unsere Pflicht. Wir leben als eine einheitliche Masse von sechs Millionen Ukrainern in der Grenzzone und dies wird kein Gesetz ändern.“ (Bezeichnende Zurufe: Machen Sie uns nicht Angst und drohen Sie nicht!) „Als in Posen“, fuhr der Redner fort, „die deutsche Ansiedlungskommission tätig war, waren unsere Sympathien auf der Seite des polnischen Volkes.“ (Ein polnischer Zuruf, der sich den Vergleich der polnischen Parzellierungsaktion mit der deutschen Ansiedlungstätigkeit verbat, war durchaus am Platz. In der Zeit der deutschen Ansiedlung wurde nämlich — abgesehen von 4 Gütern mit einem Gesamtflächeninhalt von 6-7000 Hektar — auch nicht ein einziger Morgen Land zwangsweise enteignet, weder bei Polen noch bei Deutschen. Das ist schon ein historischer Unterschied! D. R.)

Auf die Einwendungen der Ukrainer antwortete der Landwirtschaftsminister Poniatowski, der erklärte, er halte es für eine Unterstellung an die Adresse des Polnischen Staates und der Regierung, die polnische Parzellierungsaktion mit der Tätigkeit der Ansiedlungskommission im Posenischen zu vergleichen. Die Ausführung dieses Gesetzes entspreche der wirtschaftlichen Tendenz und den Bedürfnissen des ganzen Staates. Das Gesetz wurde schließlich mit Stimmenmehrheit angenommen.

Bemerkenswert waren die Schlussausführungen des Referenten, Abg. Duch. Er erklärte u. a.: „Soweit es sich um das Problem des Rechts handelt, so haben wir heute 32 000 Gesetze und Verordnungen und etwa 50 000 Rundschreiben. Einige Ministerien sind an die Kodifizierung der Gesetze und Verordnungen, die durch das Justizministerium begangen wurden, sind jedoch unterbrochen worden. Als Kriterium bei der Besetzung von öffentlichen Stellen kann nur die Eignung der Menschen, gestützt auf Fachwissen und auf volle moralische Qualitäten, anerkannt werden. Eine Stellung im öffentlichen Dienst kann nicht als Belohnung für diese oder jene Verdienste behandelt werden. Wenn in Polen in der Vormaizeit der Beamte als Botschafter einer gewissen Partei geschäftet wurde, so wird er heute manchmal als Vertreter dieser oder jener Gruppe eines eigenen Lagers behandelt. Man muß mit Befriedigung die Aktion des Ministerpräsidenten Skladkowski begrüßen, daß er die polnische Personalpolitik in Ordnung bringt.“

Botschafter Lipsti in Warschau.

Der polnische Botschafter aus Berlin Lipsti ist in Warschau zur Berichterstattung eingetroffen und wurde von Ministerpräsident Skladkowski empfangen.

Bruno Brehm über:

„Das neunzehnte Jahrhundert“ Von Hermann Ullmann.

Im Verlag von Eugen Diederichs in Jena ist (1936) das neueste Buch von Hermann Ullmann erschienen. Es trägt die Überschrift: „Das neunzehnte Jahrhundert. Volk gegen Masse im Kampf um die Gestaltung Europas.“

Dieses hinreichend geschriebene und doch so klar gegliederte Buch Hermann Ullmanns ist, das sei gleich vorweg gesagt, das Buch eines Grenzlanddeutschen. Denn nur an den Grenzen unseres großen Volkes, nur im steten Vergleich des eigenen Wesens mit dem Wesen der anderen, der sich dort täglich aufdrängt und der das Jugenderlebnis in diesen Ländern ist, kann dieser Blick über die Staatsgrenzen hinweg auf das eigene Volk gewonnen werden. Denn wir alle haben schon als Kinder zuerst das Volk und dann den Staat erlebt, ja uns erschien der Staat — und das war wohl das Entscheidende unserer Jugend, immer erst als zweites, ja oft auch als Feindliches, das uns nicht zu uns selbst gelangen lassen wollte. Wir unterschieden uns als Jünglinge in diesen Gedanken oft nicht allzusehr von unseren völkischen Gegnern, von den anderen, und es hat bei jedem von uns seine Zeit gebraucht, bis wir imstande waren, die deutsche Leistung, die in der Donaumonarchie steckte, zu erkennen und zu würdigen. Unser Grunderlebnis war von dem der „Reichsdeutschen“ dadurch verschieden, daß diesen ein großer und mächtiger Staat das Volk und das Volk einen Staat verdeckte, für den viele wohl zu sterben, wenige aber nur zu leben verstanden. Und so ist es auch in unserer Anschauung geblieben: immer war für uns nur der Staat der Rückhalt und der Rahmen, der dem Volk die Möglichkeit gibt, sein eigenes Wesen und Leben zu erhalten. Vielleicht ist diese Anschauung zu weit, zu wenig scharf umrissen, vielleicht ist

Die Folgen der Agrarreform in Ostgalizien. Verschärfung des polnisch-ukrainischen Gegensatzes

In Ostgalizien befindet sich der Großgrundbesitz in polnischen Händen. Infolge der Parzellierung ist ein großer Teil des Landes in den Besitz der Ukrainer übergegangen, so daß diese in den letzten Jahren ihren Besitzstand erheblich steigern konnten, nenngleich er, wie sie behaupten, ihrer zahlenmäßigen Stärke bei weitem noch nicht entspricht. Auf die Initiative der Organisation „Zarzewie“ (Hadel) hin wurde nun kürzlich in Lemberg eine große Versammlung einberufen, an der 80 polnische Organisationen teilgenommen haben, und in der nach einem Referat des Professors E. Komer über das Thema „Von Südosten ziehen schwarze Wolken herauf“, beschlossen wurde, an die Regierung einen Appell zu richten, bis zur gründlichen Prüfung der gegenwärtigen Lage die Parzellierung in Ostgalizien vollständig einzustellen!

Interessant ist ein Kommentar, den zu diesem Stand der Dinge der konservative „Gazet“ veröffentlicht. Das Blatt stellt zunächst fest, daß der Grundgedanke der eingeleiteten Normalisierung der polnisch-ukrainischen Beziehungen die Berücksichtigung der billigen Interessen der ukrainischen Volksgemeinschaft sowohl auf kulturellem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiet unter gleichzeitiger Wahrung des polnischen Besitzstandes sein müsse. Durch diesen kardinalen Grundgedanke habe die Politik des Landwirtschaftsministers Poniatowski einen Strich gemacht, da seine reformatorische Aktion sowohl gegen die polnischen wie auch gegen die ukrainischen Interessen gerichtet sei, daß polnischen Besitzstand einschränke, die Ukrainer aber nicht befriedige.

„Wenn“, so heißt es weiter, „polnisches Land in ukrainische Hände übergeht, wie dies in der Entschliessung in Lemberg festgestellt wird, so könne man sich darüber nicht wundern, wenn der Großgrundbesitz auf dem Wege der Parzellierung liquidiert wird. Es sei eine Täuschung, daß man aus anderen Gebieten polnische Ansiedler kommen lassen könnte, um sie auf den parzellierten Böden anzusiedeln, weil dies eine solche Reaktion bei den ukrainischen Bauern hervorrufen würde, daß die Ansiedler sich dort trotz des weitgehendsten Schutzes durch die Verwaltungsbehörden und die Polizei nicht erhalten könnten. Dieser Stand könne anormal scheinen, man könne ihn bedauern, aber er sei nicht zu verhindern.“

Weiter sucht der „Gazet“ den Nachweis zu führen, daß die Ukrainer aus anderen Teilgebieten bezogene Ansiedler als feindliche Eindringlinge betrachten und behandeln würden und kommt zu dem Schluß, daß eine radikale Agrarreform in Ostgalizien erstens zu einer Verschärfung der ukrainischen Frage und dann zu einer weiteren Beschränkung des polnischen Besitzstandes führen müsse. Aus diesem Grunde tritt das konservative Organ für eine radikale Änderung des Programms eines Umbaus der Agrarstruktur in Ostgalizien ein. Wollte man keine Verschärfung des polnisch-ukrainischen Zusammenlebens, und möchte man andererseits den polnischen Besitzstand erhalten, so dürfe man die Parzellierung nicht forcieren. Im Gegenteil, man müsse sie eindämmen und den Großgrundbesitz mit dem gehörigen Schutz umgeben.

Die vom „Gazet“ empfohlene Methode wird vom nationaldemokratischen „Dziennik Narodowy“ in Warschau nicht geteilt. Das Blatt meint, es wäre sehr schlecht um die polnische Verwaltung in Ostgalizien bestellt, wenn sie nicht die Kraft hätte, eine polnische Ansiedlung durchzuführen. Es sei eine schädliche und unmoralische Methode, den ukrainischen Terror an die Wand zu malen, um den Besitzstand der polnischen Großgrundbesitzer zu retten.

Rampf dem Bettlerunwesen.

In Posen hat in diesen Tagen eine Zusammenkunft familiärer Leiter von polnischen Wohlfahrtsvereinigungen stattgefunden, in der vor allem über die Bekämpfung der Bettlerplage beraten wurde. An der Tagung nahmen Vertreter der kirchlichen und weltlichen Behörden teil. Zunächst wurde ein Kranz am Denkmal des großen Vorkämpfers gegen das Bettlerunwesen, Religionslehrer Maslowski niedergelegt, der vor Jahren von einem Bettler ermordet wurde. Dann wurden in mehreren Vorträgen Vorschläge für die Bekämpfung der Bettlerplage behandelt.

In den am letzten Tage angenommenen Entschliessungen wird erklärt, die Teilnahme der Behörden und der Volksgemeinschaft an der Aktion gegen das Bettlerunwesen zu fördern. Ferner wird die Bildung einer Verständigungszentrale aller Interessenten im Kampf mit dem Bettel-

unwesen verlangt. Diese Zentrale würde eine Statistik über das Bettel- und Landreicherwesen in Polen führen. Von den anderen Entschliessungen sei noch folgende erwähnt: Die Tagung gibt der Überzeugung Ausdruck, daß eine bare Hilfe nur durch öffentliche und hierzu berechnete private Institutionen gewährt werden dürfte, und zwar unter der Bedingung, daß sowohl die Notwendigkeit der Gewährung der bare Hilfe als auch die Art ihrer Verwendung durch die Institutionen zuvor festgestellt worden sind. Festgestellt wird ferner die Notwendigkeit, die soziale Fürsorge und Hilfe, sowohl die öffentliche als auch die private zu vervollkommen. Die Tagung wendet sich an alle Kommunalverbände mit dem Antrage, die Zahl der Einrichtungen, die zur Milderung des Bettel- und Landreicherunwesens dienen, wie Nachtställe usw. zu vergrößern.

In der Frage des Kampfes mit dem beruflichen Bettel- und Landreicherunwesen stellt die Tagung fest, daß die Bekämpfung dieses Unwesens auf gerichtlichem Wege erfolgen müsse. Der Kampf mit der beruflichen Bettellei müsse durch den Staat geführt werden. Unter Anerkennung der Notwendigkeit, Bettler und Landreicher zu isolieren, hält es die Tagung für notwendig, außer Zwangsarbeitshäusern Arbeitslager und andere Mittelwege zu schaffen, in denen Bettler und Landreicher für die Allgemeinheit nützliche Arbeit verrichten würden. Zur Durchführung einer gehörigen Repressalie lediglich gegen Berufliche Bettler und Landreicher erhebt die Tagung die Forderung, eine Zentralkarotte der beruflichen Bettler und Landreicher beim Hauptkommando der Staatspolizei in Warschau zu führen. Die nächste Tagung soll im Jahre 1939 in Warschau stattfinden.

Bei beginnender Verkalkung der Blutgefäße führt morgens ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser zu regelmäßiger Stuhlgang, sowie zur raschen Enttarnung des Magen-Darmkanals und Verabfolgung des hohen Blutdruckes. Arztl. best. empf. 1750

Briefkasten der Redaktion.

100. Die Angabe Ihres Arbeitgebers, daß vom 1. April d. J. keine ausländischen Arbeiter beschäftigt werden dürfen, ist durchaus falsch. Genehmigungen zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitern und Angestellten werden nach wie vor erteilt. Sie zu entlassen, liegt nach Art. 8 a des neuen Gesetzes für den Arbeitgeber kein Grund vor, zumal Sie hier geboren sind und trotz Ihrer Option ständig hier gelebt haben.

101. Im November 1920 hatten wir bereits fast ein Jahr lang Polenmark, und 80 Polenmark hatten den Wert von 1 Zloty, 1000 Mark waren also = 125 Zloty.

102. Der betreffende kann, wenn er nach Polen kommt, verhaftet und bestraft werden. Die Verfolgung verfährt zwar in 6 Monaten, aber diese Verjährungsfrist beginnt erst zu laufen, wenn er sich der polnischen Behörde stellt, oder wenn er das 60. Lebensjahr vollendet hat.

103. 1. Zur Übernahme der Verwaltung eines Hauses brauchen Sie, obgleich Sie Ausländer sind, keine Genehmigung, denn Sie gehören nicht zu den ausländischen Arbeitern, die unter die Verordnung über den Schutz des Arbeitsmarktes vom 4. 6. 27 fallen. 2. Sie können 200 Zloty über die Grenze nehmen. 3. Wenden Sie sich an das Reisebureau Orbis in Thorn, das Ihnen ein Fahrcheinbest zusammenstellen wird, auf Grund dessen Sie auf den deutschen Strecken eine Fahrpreisermäßigung von 60 Prozent erhalten.

104. Wir fürchten, daß Ihr Bruder seiner Schwägerin vollständig machtlos gegenüber steht, wenn er bei der Übernahme der Wirtschaft durch den verstorbenen Bruder nicht durch irgend eine Bestimmung der Eltern, die auf dem Grundbuch eingetragen ist, vor der äusseren Not geschützt worden ist. Ist letzteres nicht der Fall, dann fällt er der öffentlichen Armenpflege anheim. Denn nicht einmal seine Geschwister sind zur Beibringung seines Unterhalts verpflichtet. Und auf Entlohnung für seine Arbeit hat er höchstens für die letzten drei Jahre Anspruch.

105. B. in G. 1. Die 15 holländischen Gulden haben einen Wert von 42 Zloty 20 Groschen. Geld nach dem Auslande sendend können Sie nur mit Genehmigung der Bank Polsti.

106. A. B. C. u. l. Jamoszkiego. 1. In Polen besteht kein Ausfuhrverbot für Getreide, Butter usw. und es besteht auch kein Ausfuhrzoll. 2. Die bestialischen Bestimmungen im Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht sind in dem Art. 53 ff. enthalten und besagen inhaltlich — wörtlich können wir sie nicht anführen, weil sie zu umfangreich sind — daß dem einzigen Ernährer der Familie die Militärdienstpflicht hinausgeschoben werden kann, wenn der Unterhalt der Familie abhängig ist von seiner Arbeit, und wenn der Dienstpflichtige diese Pflicht tatsächlich erfüllt. Die Vertagung der Dienstpflicht wird nur auf ein Jahr gewährt, kann aber verlängert werden. Wenn die Vertagung von Jahr zu Jahr fortgesetzt wurde bis zum 1. Oktober des Kalenderjahres, in dem der Dienstpflichtige das 23. Lebensjahr vollendet, so wird der Dienstpflichtige auf fünf Monate zum Militärdienst eingezogen und nach dieser Zeit zur Reserve versetzt.

107. B. 1. Wenn es sich um Schuldenforderungen handelt oder um Hypotheken, die nicht auf landwirtschaftlichem Besitz lasten und nach dem 1. Juli 1932 entstanden sind, so können Sie nach wie vor bis 12 Prozent Zinsen verlangen. Für Hypotheken auf städtischem Besitz, die vor dem 1. Juli 1932 entstanden sind, dürfen zurzeit nur 5 Prozent Zinsen gefordert werden. 2. Der Hauswirt ist verpflichtet, die vermietete Wohnung in für den Mieter gebräuchlichem Zustande zu erhalten. Sehen Sie dem Vermieter zur Ausführung der notwendigen Reparatur eine angemessene Frist, und erfolgt die letztere nicht in dieser Frist, so können Sie selbst die Reparatur auf seine Kosten ausführen lassen.

Tiefen nicht die religiösen Bindungen und Formen der Überlieferung. Beide sprengten die alten metaphysischen Bindungen des Menschen nicht radikal, sie lockerten sie nur. In den Wurzeln blieben diese Bindungen unangefastet, das Bewußtsein des Menschen zum Transzendenten wurde nicht gewandelt, sondern nur der politische Überbau über dem alten Untergrund ausgestaltet.

„Anderes in Frankreich. Hier stand das Bürgertum allein gegen Adel und Kirche, vom Königtum in letzter Stunde unerschrocken gefördert und dann doch verlassen. Die Änderung der politischen Wirklichkeit war so weit hinausgeschoben worden, daß der Widerstand gegen sie auf die metaphysische Sphäre verwiesen wurde. Wenn die Wirklichkeit unerträglich wurde, so lag der Verdacht nahe, daß die metaphysische Grundlage wandlungsbedürftig war, nur so näher als die Kirche mit dem Absolutismus verbunden war. Die geistlichen Führer des Widerstandes wurden also zu dem Versuch gedrängt, die politische Wirklichkeit von der metaphysischen Seite her zu ändern. . . . Aber auch der geistig führende, nicht nur geführte Teil des Bürgerturns war metaphysisch heuristisch. Denn unter ihm ist eine soziale Wirklichkeit im Entstehen, die zu dem metaphysischen Unterbau der bürgerlichen Welt nicht paßt: die wirtschaftlich Entwurzelt und sozial Heimatlos. In England und Amerika war der Begriff des Eigentums so fest eingebaut, daß auch der Besitzlose vor sich und vor der Gemeinschaft nichts anderes bedeutete, als der noch nicht Besitzende. In Frankreich (und später in Deutschland) ist der Bürger durch den Kampf, durch alles was oben ist, so herabgedrückt, daß er sich nach unten nicht abschließen und abgrenzen kann. Er sucht einen metaphysischen Untergrund, der auch die Massen, die weder Eigentum noch ständische Heimat haben, finden und befriedigen sollte. So ist denn die Lage in Frankreich in dem Augenblick, da das ferne amerikanische Beispiel winkt, folgende: die Formen des Absolutismus und der Kirche sind so hart, daß das erstarrte Bürgerturn

Sperzonen um Spaniens Küste aufgestellt.

Ein Engländer ist Generalkontrollleur.

Aus London wird gemeldet:

In den letzten Beratungen des Londoner Nicht-Einmischungsausschusses, dessen Unterabschluß am Montag zu einer neuen Sitzung zusammentritt, sind die Sperzonen für die spanische Grenzkontrolle jetzt endgültig entsprechend dem ursprünglichen Plan verteilt worden. Danach übernimmt ein englisches Geschwader die Biscaya-Küste von der französischen Grenze bis zur Nordspitze Spaniens, dann die gesamte Südküste von der portugiesischen Grenze bis Almeria und ferner die Kanarischen Inseln und Spanisch-Besafrika. Auf Frankreich entfallen die Nordwestküste von Spanien, Spanisch-Marokko und die Balearen-Inseln Mallorca und Ibiza. Deutschland und Italien übernehmen die Kontrolle der Ostküste von Almeria bis zur französischen Grenze, Italien allein die Balearen-Insel Menorca.

Es steht also nunmehr fest, daß die Seekontrolle nur von den Geschwadern der vier Hauptmächte, nämlich Deutschland, England, Frankreich und Italien, durchgeführt wird, da Portugal seine Forderungen auf Mitbeteiligung nach dem Ausscheiden Sowjetrußlands zurückgezogen hat. Im übrigen wird bestätigt, daß der holländische Admiral de Graaff, der kürzlich den Posten des Danziger Völkerbundkommissars abgelehnt hat, die verantwortliche Leitung der Seeüberwachung und der holländische General van Boorst die der Landkontrolle erhalten soll. Weiterhin soll ein Engländer — genannt wird der frühere Gesandte in Tirana, Sir Robert Hodgson — „Generalkontrollleur“ werden.

Das Ausscheiden Sowjetrußlands aus dem Kreis der an der Seekontrolle beteiligten Mächte war in einer amtlichen Mitteilung des Nicht-Einmischungsausschusses offiziell bekanntgegeben worden. In dieser Mitteilung hieß es im Zusammenhang mit den abschließenden Beratungen über die Durchführung der Flottenüberwachung: Der Vertreter der Sowjetunion erklärte im Namen seiner Regierung, er habe Anweisung erhalten festzustellen, daß seine Regierung gegenwärtig nicht von ihren Seekontrollrechten Gebrauch zu machen wünsche, da sie weder politisch noch auf andere Art an der Anwesenheit ihrer Streitkräfte im Mittelmeer oder im Atlantischen Ozean interessiert sei, wo sich diese weit entfernt von ihren Flottenstützpunkten befänden.

Kommunistische Verschwörung in Venezuela

Blutige Kämpfe mit der Polizei.

In Venezuela ist es dem venezuelischen Bundespräsidenten General Eleazar Lopez Contreras durch schnelles und energisches Durchgreifen gelungen, einer gefährlichen weitverzweigten kommunistischen Verschwörung ein Ende zu bereiten. Getreu den Anweisungen der Komintern hat es der Kommunismus auch in Venezuela verstanden, eine ganze Reihe von Parteien und Organisationen für seine volksverhetzenden Zwecke einzuspannen, um auf diese Weise allmählich die Macht im Staate zu gewinnen. Auch der Versuch einer bolschewistischen Zerschlagung des Heeres wurde nach bewährten Mustern unternommen, jedoch erwies sich die Vaterlandsliebe und das Pflichtgefühl der Soldaten und Offiziere stärker als die kommunistische Propaganda.

Der Bundespräsident hat die kommunistisch durchsetzten und getarnten Parteien „Orve“, „Partido Republicano Progresista“, „Frente Obrero“, „Frente Nacional de Trabajadores“ sowie die politische Organisation des Studentenbundes aufgelöst und die kommunistischen Drahtzieher verhaftet. Während das Verbot der Parteien und die Verhaftung ihrer bolschewistischen Führer ohne jede Zögerung der Ruhe und Ordnung durchgeführt werden konnte, kam es zwischen dem kommunistisch verhetzten Teil der Studentenschaft und der Polizei zu blutigen Zwischenfällen.

Die kommunistischen Studenten bemächtigten sich des Universitätsgebäudes und forderten den Rücktritt des Rektors und der übrigen Universitätsbehörden. Die vom Rektor herbeigerufene Polizei wurde mit Schüssen empfangen. Ein Polizeioffizier fand dabei den Tod. Die Polizei erwiderte schließlich das Feuer, und es entstand eine Schießerei, in deren Verlauf drei Polizeibeamte und drei Studenten verwundet wurden, während ein Mitglied der Progressivistischen Republikanischen Partei ums Leben kam.

nur noch aus den Tiefen einer metaphysischen Revolution und mit Hilfe der Masse die Wirklichkeit ändern kann... Das Entscheidende ist: auf dem Kontinent tritt die Masse in die Geschichte beinahe gleichzeitig mit dem Bürgertum ein, in einem Augenblick, in dem das Bürgertum seine eigenen Lebensformen noch nicht wie in England gefunden hat. Das kontinentale Bürgertum bleibt fortan metaphysisch unsicher, und von da geht seine Unsicherheit in die weltliche Haltung und in der politischen Praxis gegenüber der Masse aus.“

Hier ist das Thema angeschlagen, das in diesem Buche durchgeführt wird. Als drohendes Grundmotiv drängt sich immer wieder das „ungeformte“ Volk, die Masse hervor, die alles zu vernichten droht. Die Gegenkräfte werden aufgezählt, die konservativen Gegenpole, der Sohn der Revolution selbst, der späte Condottiere Napoleon. Und gerade im Kampf gegen ihn zeigen sich die ersten großen Vertreter einer deutschen Revolution, die schon damals aus dem Krieger- und Soldatentum geboren war, die aus dem Geist der Freiwilligen von 1813 entstanden war. Der Abschnitt über Scharnhorst und Stein scheint mir auch das schönste und tiefste Kapitel des Buches zu sein. „Hier ist ein durchaus eigenes, aus der deutschen Geschichte und aus der Not der großen Stunde hervorgewachsenes Bild des deutschen Volkes vor sich selbst. So wie ein Mensch in äußerstem Kampf über sich selbst hinauswächst und dieses Erlebnis seiner gesteigerten und gesammelten Kräfte in ihm sich gestaltet, so war die Nation über sich selbst hinausgegangen. Sie konnte diesen Zustand nicht festhalten. Aber das ungeheure Erlebnis wirkte in ihrem Bewußtsein und in ihrem Willen weiter.“

Allmann zeigt hier im politischen das Gleiche, was sich auf soldatischem Gebiet ereignet hatte. Denn die geistige Ausmerzung der napoleonischen Kriege, ihre Lehren und die Folgerungen aus ihren Schlachten zogen nicht die Franzosen, sondern Clausewitz.

Erschütterndes Kinderelend in Spanien.

Die Straßburger Zeitung „Der Elßässer“, die im Lande der Volksfront einen heißen Kampf gegen den Bolschewismus führt, bringt einen erschütternden Bericht über das Kinderelend in Spanien, das nur noch mit den furchtbaren Zuständen in Sowjetrußland verglichen werden kann. Das Blatt schreibt u. a.:

„Mehr als 50 000 Kinder irren gegenwärtig schutzlos und zerlumpt durch die spanischen Provinzen.“

Seit Aufhebung der verdienstreichen Jugendfürsorge-Einrichtungen durch die spanischen Bolschewisten ist jedwede staatliche Jugendpflege abgeschafft. So bleibt den Kleinen, oft nur Vier- oder Fünfjährigen kein anderer Weg. Sie schwärmen, trüppeln über Straßen und Wege, klappernd vor Kälte, wandelnde Gerippe. Am häufigsten findet man sie in der Nähe der Kampffronten. Sie wissen, dort haben sie größte Aussicht, einige Bissen zu ergattern. In den von den Nationalisten besetzten Gebieten werden die kleinen Schwärmer nach Möglichkeit in Familien, Krankenhäusern, Schulen und in den wenigen nicht zerstörten Klöstern untergebracht.

Tausende suchen Schutz bei den nationalen Truppen.

Nährend ist es, anzusehen, wie in den Lagern für die Kleinen geforgt wird. Die Soldaten pflegen die erschöpften Kinder mit einer Liebe und Milde, die an der Kampffront, wo mit dem letzten Einatz gekämpft wird, seltsam anmutet. Die große Zahl der schwärmenden Kinder, die schwierigen Umstände, die allgemeine Not und die Schrecken des Krieges machen eine hinreichende Betreuung und Fürsorge unmöglich. Tagtäglich spielen sich Tragödien unter den Kindern ab. Noch den einwandfreien Zeugnissen von Flüchtlingen sind in den Höhlen der Bergketten von Guadarrama, Navacerrada, Los Molinos und Cerecedilla

Hausen erkrankter Kinderleichen aufgefunden worden.

Diese Kinder verbergen sich hinter allem, was nur einigermaßen Schutz bieten kann. Ein Kriegsberichterstatter fand zwischen dem armeneligen Hausrot am Bergand der Landstraße von Maqueda nach Santa Cruz de Retamar fünf erkrankte Kinder.“

Polnische Kaufleute von Bolschewisten verhaftet.

In der polnischen Presse wird am Freitag darauf hingewiesen, daß sechs polnische Staatsbürger, und zwar Süßfruchthändler, die sich aus geschäftlichen Gründen vor einiger Zeit nach Spanien begeben haben, von den Bolschewisten verhaftet und in die Gefängnisse von Valencia und Barcelona geworfen worden seien. Zwei von ihnen seien wahrscheinlich in Barcelona erschossen worden. Vertreter der Süßfruchtimportfirma versuchten jetzt über Paris nach Spanien zu gelangen, um die Freilassung der verhafteten polnischen Kaufleute zu erwirken.

Hirtenbrief

des Kardinal-Primas von Spanien über die Ursachen des Bürgerkrieges.

In einem Fastenhirtenschreiben zeichnet Kardinal Gomez Tomas, Erzbischof von Toledo und Primas von Spanien, ein ergreifendes Bild von den Ursachen und der Bedeutung des spanischen Bürgerkrieges und der Zukunft Spaniens.

Der Hirtenbrief sagt einleitend, es gebe vielleicht in der modernen Geschichte kein Volk, in dem die sittliche Gesinnung einen so gewalttätigen Niedergang erlitten habe, wie das spanische. Dazu hätten zwei Faktoren beigetragen — der eine in der Theorie, der andere in der Praxis — die Thesen des Laizismus und der Skandal von oben. „Das spanische Volk“, so sagt der Primas, „war ein zutiefst religiöses Volk, aber mehr aus einem atavistischen Gefühl als aus der Überzeugung eines lebendigen und beispielgebenden Glaubens heraus; unter diesen Umständen wurden die offizielle Erklärung des Laizismus und die Verbannung Gottes aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens für viele gewissermaßen zu einer Befreiung von einem jahrhundertalten Joch, das sie bedrückte. Nachdem einmal die Hemmung beseitigt war, die, wenn auch nur aus bloßer Furcht und Untätigkeit heraus, das soziale Gebäude stützte und zum Guten hinlenkte, erschlossen sich die Pforten des Bösen.“

Aber dieses entdeckte deutsche Volk wurde kurze Zeit darauf wieder überschattet von den neuen Mächten des Zeitalters, von Liberalismus und Reaktion, die beide um die Seele des Volkes rangen, die aber beide ihm die Luft zum Atmen nahmen. Beiden Mächten gelingt es nicht, tiefer Wurzeln zu schlagen, sie kämpfen auf dem Rücken des Volkes. Der Abschnitt über katholische und protestantische Reaktion, über die Maistre und Ludwig von Haller führt uns mitten in unsere eigenen Tage hinein.

Ein Abschnitt des Buches „Die Westslawische Wiedergeburt“, der die Rolle Herders beim Erwachen der slawischen Völker auf dem Boden der alten Donaumonarchie aufzeigt, lag Allmann wohl besonders am Herzen. Aber es ist gar nicht möglich, in einer kurzen Besprechung die Fülle des Stoffes auch nur anzudeuten. Nachdem alle Überlagerungen aufgezeigt sind, die sich über den Begriff des „Volkes“ im neunzehnten Jahrhundert geschichtet haben, immer wieder in der Absicht, die einzige und letzte Quelle zu verschütten, weist Allmann auf den einzig gangbaren Weg hin, den Adolf Hitler gewiesen hat: „Neue Reiche werden, seit die Völker als geschichtliche Kraft wirksam geworden sind, eine Völkerordnung, gegründet auf Volkserordnungen, darstellen müssen. Eine Völkerordnung, die das heilige Lebensrecht der Völker wahr, das die Völker wachsen und leben läßt, so wie sie aus Gottes Hand hervorgegangen sind. Das ist der neue Traum vom „Weltfrieden“, aber nicht mehr rationalistisch überheblich, sondern auf das Leben, auf die natürliche Gemeinschaft gegründet.“

Wer verstünde diese Lehre besser als ein Grenzlanddeutscher, der von Jugend auf erfahren hat, daß das Volk, sein Volk, größer ist als der Staat und daß es, über den Staat hinaus, noch eine Ordnung geben muß, in der das Volk sein Recht finden kann.

Reinigt gründlich und greift den Zahnschmelz nicht an!



Die Tatsachen, die die Revolution und damit die Katastrophe ermöglichen, werden dann vom Kardinal-Primas aufgezählt. Trotz persönlich ausgezeichneten Staatsmännern sei in den letzten Jahrzehnten eine ausgesprochen schlechte, mit der Tradition und der Geschichte Spaniens in Widerspruch stehende Politik gemacht worden. Man habe aus persönlichen und parteipolitischen Gründen und auch unter ausländischen Einflüssen die schlummernde christliche Gesinnung ganz zu vernichten gesucht. Andere hätten mit dem vorzudringenden revolutionären Geist Kompromisse geschlossen und die Kräfte des Widerstandes geschwächt. Der Reiche habe sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bereichert. Das feines Gottesglaubens beraubte Volk habe sich von den Predigern einer unmöglichen Gleichheit betören und zum ungerechten Haß gegen alle Begüterten verleiten lassen. Die Sozialgesetzgebung und die caritativen Einrichtungen vermochten den Abgrund zwischen den beiden Gegnern nicht zu überbrücken. Und die schlechte Presse habe vollends die guten Sitten verborben. Überdies habe die soziale Autorität in den letzten Jahren versagt.

Zu den Faktoren sittlicher und sozialer Natur hätten sich andere rein politischen Charakters gesellt. Einer dieser Faktoren sei die der nationalen Gesinnung diametral entgegengesetzte Tendenz der Hinorientierung zum Kommunismus, eines nicht nur spanischen, sondern namentlichlichen Systems. Auch gewisse Regionalismen und Nationalismen seien von der Verantwortung nicht frei zu sprechen. Es handele sich hier um ein äußerst schwerwiegendes Problem der christlichen Moral. Die systematische Schwächung der rechtmäßigen Bande des Vaterlandes, mit dem die Spanier gemäß der gefunden christlichen Lehre durch Motive der Nächstenliebe verbunden seien, bedeute immer einen Schaden für die betreffende Gegend und die Nation. Aber wenn man Bündnisse mit denen erstrebe, die das geistige Wesen weder des Landes noch der Gegend achten können, so überschreite man die Grenzen des Unklugen, um sich auf das Gebiet der geschichtlich-sozialen Ungerechtigkeit zu begeben.

In dem Hirtenbrief heißt es dann weiter: Zur Zeit der Eroberung Abessinians, eines Wertes der Zivilisation, habe sich der Völkerbund gegen den Eroberer erhoben; aber dieser gleiche Völkerbund verharre in selbstmörderischer Untätigkeit angesichts der in Spanien entfesselten Barbarei, die die glorreichste Zivilisation der Geschichte zerstören wolle. Und während einst im europäischen Kriege sich die Welt über die Beschädigung der Kathedrale vor Reims erregt habe, höre man heute nur die Stimme aus Rom, die der Verwüstung der einen ihrer Gotteshäuser beraubten Hälfte Spaniens beklage.

Der Kardinal forderte dann die Gläubigen zu Gebet und Buße auf. Der Kardinal bezeichnet als einen großen Trost, daß Tausende von Soldaten gemeinsam den Rosenkranz beteten. Der Kardinal betonte dann die Notwendigkeit für alle, den Geist zu erneuern, und Gott den ihm gebührenden Platz wiederzugeben.

Wall gegen den Bolschewismus.

Dr. Göbbels über die europäische Mission Deutschlands.

In einer Großkundgebung in der Rheinlandhalle in Köln hat am Donnerstag Reichsminister Dr. Göbbels eine bedeutende politische Rede gehalten, in der er u. a. auch auf die bolschewistische Weltgefahr hinwies.

Deutschland sei heute der Schutzwall Europas gegen den Bolschewismus. Moskau sei ein stets angriffsbares Umrhezentrum für ganz Europa. Es spreche für den Weltblick des Führers, wenn er Europa vor der bolschewistischen Gefahr warne und damit die vieltausendjährige Kultur des Abendlandes vor der Zerstörung bewahre. Der Appell, den Deutschland gegen den Bolschewismus richte, werde einmal in der ganzen Welt den notwendigen Widerhall finden. Wenn es Deutschland gelinge, der Welt über diese Gefahr die Augen zu öffnen, dann sei es Pionier einer wahrhaft europäischen Mission. Es sei bedauerlich, daß die Welt die bolschewistische Gefahr heute noch nicht in vollem Umfang erkenne, obgleich in Spanien die Altäre zertrümmert liegen und die Kirchen brennen. Hätte Deutschland die Schmutzflut des Bolschewismus nicht rechtzeitig zum Stehen gebracht, so würde bei uns von den christlichen Kirchen wahrscheinlich nicht viel übriggeblieben sein. Deutschland habe damit nicht nur die abendländische Kultur, sondern auch das Christentum gerettet.

Der Minister berührt kurz die konfessionelle Frage und betont, daß die Nationalsozialisten keine Antichristen seien, sondern

auf dem Boden des positiven Christentums

stünden. Die Partei bilde das Sammelbecken für alle deutschen Menschen. Sie könne daher keine Konfessionsstrennungen innerhalb der Bewegung dulden. „Deutschland ist“, so schloß der Minister, „in den vergangenen vier Jahren durch einen Aufbau größten Ausmaßes schöner und glücklicher geworden. Jeder Deutsche ist heute wieder davon überzeugt, daß sein Volk auf dem Wege ist, ein Weltvolk zu werden. Wir haben das Glück, aus der Ehre der Nation wieder unser Leben, unsere Arbeit und unser tägliches Brot erwachsen zu sehen. In Deutschland ist die wahre Demokratie Wirklichkeit geworden, in der die ganze Nation ihren Willen verleiht. Wenn ein Volk Grund hat, voller Hoffnung in seine Zukunft zu schauen, so ist es das unsere. Eine alte Welt bricht zusammen und versinkt. Mit uns steigt die junge, bessere Welt, das bessere Europa empor. Die marschierenden Kolonnen unseres Volkes sind die Avantgarde einer besseren Welt. Wir können mit Recht von uns sagen: Mit uns zieht die neue Zeit!“

Wirtschaftliche Rundschau.

Gewissenhafter Ausgleich der Vorteile.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen in polnischer Darstellung.

Die „Polka Informacja Polityczna“, eine Agentur, die die Ansichten des polnischen Außenministeriums widerspiegelt, veröffentlicht in ihrer letzten Ausgabe über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen folgende Betrachtungen:

Nach länger als drei Monate währenden Verhandlungen wurde am 20. Februar 1937 das deutsch-polnische Abkommen unterzeichnet, durch welches das zwischen Polen und Deutschland am 4. November 1935 abgeschlossene Wirtschaftsabkommen bis zum 25. Februar 1939, also vom 1. März 1937 auf nahezu zwei Jahre verlängert wird. Das Abkommen vom 20. Februar brachte außer der Verlängerung des früheren Wirtschaftsabkommens viele wesentliche modifizierende, rein technische Änderungen, die darauf abzielen, die Realität des Programms der gegenseitigen Umfänge, die beiderseitig auf den Betrag von je 176 Millionen jährlich festgelegt wurden, zu heben und diesen Umfängen eine Elastizität zu geben, die vom Gesichtspunkt der Handelspolitik unumgänglich ist. Den integralen Teil des Abkommens bilden außer dem Berechnungsabkommen, das die Grundlagen des Clearings zwischen Polen und Deutschland vorteilhaft erweitert, zwei Listen von Zollerleichterungen, sowie zahlreiche Spezialabkommen, die einen Branchencharakter besitzen, wie das landwirtschaftliche und Holzprotokoll, das Häuten-Protokoll, Vereinbarungen über die polnische Ausfuhr von Getreide, Butter, Eiern und Spiritus. Außerdem sind dem Komplex des Abkommens viele Vereinbarungen angegliedert, u. a. in der Frage einer größeren Belebung des gegenseitigen Handelsverkehrs, sowie einige Noten auf dem Gebiet der Einfuhr gewisser Artikel der deutschen Industrie nach Polen. Die Liste der aus Polen nach Deutschland auszuführenden Artikel wurde bedeutend erweitert, wobei bedeutende Verbesserungen zugunsten des Exports von Züchterartikeln erfolgt sind. Die elementaren Interessen der freien Stadt Danzig wurden in dem Abkommen in weitem Umfang berücksichtigt, entsprechend den Tendenzen, die unverändert in dieser Beziehung von Polen an den Tag gelegt werden.

Die lange Dauer der Verhandlungen um die Verlängerung, die man eigentlich infolge des Ausmaßes der vorgenommenen Änderungen aus den Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens bezeichnen kann, bildet für den objektiven Beobachter einen Beweis dafür, mit welcher Gewissenhaftigkeit beide Partner an die Gespräche herangetreten sind. Die langen Verhandlungen gestatteten dabei den beiden Partnern, des öfteren ihr Verhältnis für die gegenseitigen Forderungen und die strukturellen Eigenarten der durch sie vertretenen Staaten darzulegen und in der Atmosphäre guter nachbarlicher Beziehungen zwischen Polen und Deutschland die Grundlagen für einen gefunden Kompromiß zu finden. Das Abkommen vom 20. Februar 1937, das das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, bildet einen möglichst gewissenhaften Ausgleich der Vorteile, die sich aus seinen Klauseln für jeden der Kontrahenten ergeben; es gestattet dabei, an das präzise Funktionieren des Apparats des gegenseitigen Wirtschaftsaustausches zu glauben, der am 1. März 1937 in Bewegung gesetzt werden wird.

Gestützt auf das Bemerknis, daß natürliche Wirtschaftsinteressen bestehen, welche die beiden Länder verbinden, ferner auf die gegenseitige Achtung vor den eigenartigen Entwicklungsstandes eines jeden von ihnen, bildet das Abkommen vom 20. Februar eine weitere Etappe in der Entwicklung der positiven wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland.

Retordbesuch auf der Leipziger Frühjahrsmesse.

Mit einer schlichten Feier wurde am Sonntag morgen das „Haus der Nation“ eingeweiht, das nunmehr den Sammelpunkt der ausländischen Messebesucher darstellen wird und auch die Preiszentrale enthält.

Schon der erste Tag der Messe brachte der Innenstadt und dem Ausstellungsgelände einen in diesem Umfang noch nie dagewesenen Besuch. Nach den bisherigen Schätzungen kann mit rund 33 000 ausländischen Besuchern gerechnet werden. Dies ist um so erfreulicher, als damit die ursprüngliche Schätzung weit überholt worden ist.

Nach den offiziellen Mitteilungen läßt die in der Messestadt festgestellte Verkehrsbilanz alles bisher Dagewesene weit hinter sich. Die reguläre Geschäftstätigkeit und Abschlusstätigkeit setzte vom Montag an sehr flott ein. Leipzig, so heißt es weiter, dürfte einen solchen Messe-Eröffnungssontag noch nicht gesehen haben.

An der Textilbranche ist an allen Ständen sehr zu bemerken, wie die Kunden ihre Drörs einschreiben lassen. Gerade in dieser Sparte scheint sich das Geschäft schon auf die ersten Tage einzurichten, während früher immer auf der Textilmesse erst der zweite und dritte, manchmal sogar auch erst der vierte Tag das große Geschäft brachte.

An den Messehäusern, wo Weihnachtartikel angeboten werden, ist gleichfalls eine starke Verkaufstätigkeit zu sehen. Die Spielwarenbranche, die in mehreren hundert Firmen ganz groß vertreten ist, hat ebenfalls reichhaltige Kollektionen gebracht, für die vielfach Anregungen aus den Zeitläufen kommen. Hier in dieser Sparte ist auch das Ausland auf dem Kauf beteiligt.

Das Kunstgewerbe zeigt sich auf einer ganz seltenen Höhe. Die Glasbläserien, die Schmiede, alles aus dem Handwerk, das sich bis hinüber ins reine Kunstgewerbe vorgearbeitet hat, bringt wunderbare Stücke.

Ganz besonders zufrieden sind die Ausländer.

Erste Kolonial- und tropentechnische Messe in Leipzig.

Am Sonntag ist zum ersten Mal im Rahmen der Leipziger Messe eine geschlossene Kolonial- und tropentechnische Messe eröffnet worden, die gemeinlich vom kolonialpolitischen der RSDAP und vom Leipziger Messeamt geschaffen ist. Eine eigene Ausstellungshalle von 4000 Quadratmetern Fläche ist auf dem Gelände der Technischen Messe für diese technisch, wirtschaftlich und wissenschaftlich gleichbedeutende und lebenswerte Sondermesse bereitgestellt.

Polnische Delegation aus Berlin zurückgekehrt.

Nach Festlegung der Kontingente für den deutsch-polnischen Warenverkehr für März, April und Mai und Abschluß der neuen Verständigung über die Exportlieferungen Deutschlands nach Polnisch-Obereschlesien ist die polnische Delegation aus Berlin nach Warschau zurückgekehrt. In dem amtlichen Bericht wird hervorgehoben, daß die Verhandlungen in Berlin durchaus zur Zufriedenheit beider Staaten verlaufen und von einem besonders freundschaftlichem Geist getragen gewesen seien.

Wird die Gdingener Werft ihre Tätigkeit aufnehmen?

Nach der Übernahme der Aktien der Gdingener Werft durch die „Interessengemeinschaft“ der Königs- und Laurahütte und Katowitzer A.-G. setzt man in Gdingen große Hoffnungen auf eine industrielle Belebung. Gerüchtesweise verlautet, daß ein umfangreiches Arbeitsprogramm für die Werft aufgestellt sein soll und man spricht sogar von einer Beteiligung der Werft an den Automobilbauplänen der „Interessengemeinschaft“.

Nach Übernahme der Gdingener Werft durch die Stadt Gdingen wurden bekanntlich ähnliche Hoffnungen geäußert, statt dessen erfolgte damals der Liquidationsbeschluß.

Firmennachrichten.

v. Bandburg (Wiesdorf). Zwangsversteigerung des in Bandburg, Danzigerstraße 4, belegenen und im Grundbuch Bandburg, Blatt 582, Sub. Kasimierz auch eingetragenen Grundstücks, am 10. Juni 1937, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 4. Schätzungspreis 18 788,18 Zloty.

Die finanzielle Gestaltung der Monopole

nach dem polnischen Budgetvoranschlag für das Jahr 1937/38.

Dr. Cr. Ein ziffernmäßiger Überblick über die finanzielle Gestaltung der Monopolgesellschaften nach dem polnischen Budgetvoranschlag für das Jahr 1937/38 ergibt sich aus dem Bericht von Hutten-Czapki. Nach dem Budgetvoranschlag für das Jahr 1937/38 müssen die Monopole an den Fiskus 631,4 Mill. Zloty entrichten, wovon auf das Salzmonopol 44 Mill. Zloty, auf das Tabakmonopol 324,5, auf das Spiritusmonopol 227,4, auf die Staatslotterie 22,25 und auf das Jäandholzmonopol 11,702 Mill. Zloty entfallen. Das macht 27 Prozent der gesamten ordentlichen Einnahmen des Staatsbudgets aus. Die Bedeutung der Staatsmonopole für die Gesamtwirtschaft Polens ist bekannt. In diesem staatlichen Wirtschaftszweig finden 2000 Beamte, 13 000 Arbeiter ihre Beschäftigung.

Im einzelnen läßt sich über die Entwicklung der Geschäftslage der Monopolgesellschaften folgendes berichten:

Das Salzmonopol.

Die Einnahmen, die aus dem Salzmonopol in dem Voranschlag für das Jahr 1937/38 vorgesehen sind, betragen 44 Mill. Zloty, sie sind also um 2,085 Mill. Zloty höher als nach dem vorausgegangenen Budget. In den Einnahmen sind enthalten die Einkommensteuer in der Höhe von 4,522 Mill. Zloty, und die sog. Industriesteuer im Betrag von 908 310 Zloty. Im kommenden Budgetjahr wird beabsichtigt, um 5 Prozent mehr Salz abzugeben, als im Jahre 1936/37. Hierdurch soll eine Mehreinnahme von 1,1 Mill. Zloty entstehen. Die Preisgestaltung soll keine Änderung erfahren.

Der Verbrauch von Salz holte im Jahre 1936 gegenüber 1935 und 1934 nicht unbedeutlich auf, nämlich um 5000 T. Obwohl der Verbrauch von Viehsalz gewachsen ist, muß dessen Gesamtjahresverbrauch von 34 000 T. nach wie vor als minimal bezeichnet werden. Es muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht werden, diesen Verbrauch zu steigern. Der Konsum von Salz für Industriezwecke erfährt eine Aufholung um 14,4 Prozent. Nichtsdestoweniger ist auch hier der Verbrauch auffallend gering. Für Zwecke des Exports sind 19 000 T. Salz im Budgetvoranschlag 1937/38 vorgesehen. Der Steigerung der Ausfuhr soll eine Preisherabsetzung dienen.

Um die Einnahmen aus dem Salzmonopol zu steigern, sollen ferner weitere Sparmaßnahmen (Betriebskostenreduktion, Senkung der Löhne, Heizkostenersparnis usw.) durchgeführt werden.

Das Spiritusmonopol.

Das Spiritusmonopol spielt für die Gesamtwirtschaft Polens eine große Rolle, und zwar nicht nur mit Rücksicht auf die Einnahmen, sondern vor allem auch wegen seiner Bedeutung für die Landwirtschaft und für die Spiritus verarbeitende Industrie.

Für die dem Staatsfiskus ausfallenden Erträge aus dem Spiritusmonopol sind im Budgetvoranschlag für das Jahr 1937/38 227 400 000 Zloty, d. h. um 11 539 100 Zloty mehr als 1936/37, vorgesehen. Die Betriebseinnahmen werden auf 369 954 800 Zloty veranschlagt, darunter die Einnahmen von Spiritus für Konsumzwecke auf 336 654 800 Zloty. An Stelle von 32 904 000 Zloty. Spiritus sollen dem Verkauf 34 567 000 Zt. zugeführt werden. Im abgelaufenen Jahr ist der Konsum von Spiritus gegenüber der Vorperiode stark gesunken, was in der Senkung der Preise seine Erklärung findet. Die im Voranschlag vorgesehenen Ausgaben des Monopols übersteigen die Ausgaben des Vorjahres um 5 035 600 Zloty und betragen 136 554 800 Zloty. Die Erhöhung der Ausgaben geht parallel mit der Aufholung der Produktion und des Verkaufs.

Die Zahl der tätigen Brennereien betrug 1935/36 1362, darunter 1336 landwirtschaftliche Brennereien. Die Vorräte an Spiritus repräsentierten 1936 einen Wert von 35 217 000 Zloty. Das System des Rückkaufs von gebrauchten Flaschen bewährte sich sehr gut. Es ergab sich für das Betriebsjahr eine Ersparnis von 1 Mill. Zloty. Nach der Meinung von Hutten-Czapki wäre zum Zwecke der besseren Zusammenarbeit des Monopols mit den Brennereien die Errichtung einer repräsentativen Gesellschaft der Brennereieratung ratsam.

Das Tabakmonopol.

Die dem Staat aus dem Tabakmonopol zustehenden Erträge sollen 324 500 000 Zloty betragen und hiermit um 22 375 000

Zloty höher sein als im vorausgegangenen Jahr. Die Einnahmen aus dem Verkauf von Tabakwaren setz der Voranschlag für 1937/38 auf 485 Mill. Zloty an, oder um 15,4 Mill. Zloty höher als im Vorjahr. Für die polnische Volkswirtschaft ist das Tabakmonopol von geringerer Bedeutung, weil bisher die Rohstoffe in dem Produktionsprozess der Monopolgesellschaft Verwendung finden, hauptsächlich aus dem Ausland eingeführt werden. Im Jahr 1930/31 z. B. wurden nur für 10 Mill. Zloty inländische Tabake verwendet. Das Bestreben der Direktion des Monopols geht dahin, die eingeführten Tabaksorten nach Möglichkeit durch einheimische zu ersetzen. Im Zusammenhang mit dem allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verfall läßt sich ebenso wie in den Nachbarländern eine Abwanderung des Verbrauchs zu den billigeren Sorten beobachten. Die inländische Produktion zeigt eine anhaltende Steigerung. Im Jahre 1936 wurden in Polen 26 908 Tabakpflanzler gezüchtet. Die mit Tabak bestellte Fläche betrug 5936 Hektar, und die Ernte 10 888 T.

Die Staatslotterie.

Trotz der Krise waren die Einnahmen recht günstig. Im Budgetvoranschlag 1937/38 wird als Reinertrag für den Staatsfiskus die Summe von 22,2 Mill. Zloty vorgesehen, also um 750 000 Zloty mehr als im Vorjahr. Diese Einnahme soll aus dem Verkauf von 2 253 000 Lose gegenüber 2 198 000 1936/37 erzielt werden.

Das Jäandholzmonopol.

Das Jäandholzmonopol wurde im Jahre 1925 an eine Gruppe schwedischer Kapitalisten verpachtet. Im Jahre 1930 wurde die Dauer dieses Vertrages verlängert, und zwar bis zum 30. 8. 1935, wobei der Staat eine Anleihe in Höhe von 32,4 Mill. Dollar erhielt. Die an den Staatsfiskus zu zahlende Abgabe für das Jahr 1937/38 soll 11,7 Mill. Zloty oder um 309 000 Zloty weniger betragen.

Die erhöhte Vorschätzung der Einnahmen aus den Monopolen für das nächste Jahr zeigt von dem Vertrauen der Regierung zu der wirtschaftlichen Erholung des Landes. Die Erwartung eines Rückgangs des Jäandholzertrages deckt sich mit den Beobachtungen, welche in anderen Ländern in dieser Hinsicht bei ansteigender Konjunktur gemacht wurden. Die Vöhererschätzungen zeigen im übrigen von Zurückhaltung, und dürften daher auch im Ergebnis erreicht werden.

Neues Kartell in Lodz.

10 Kunstseidefabriken und Appreturen schließen sich zusammen.

Zwischen 10 Firmen in Lodz, die Kunstseide appretieren, ist es zu einem Kartellvertrag gekommen, um durch gemeinsame Regelung der Preise und Arbeitsbedingungen geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Den Beitritt zum neuen Kartell haben bisher folgende Firmen erklärt: Karl Th. Buhle, „Pierwsza“ (früher H. Meister in Ruda Pabianicka), Lebrecht Müllers Erben in Ruda Pabianicka, „Dobrzanka“ in Pabianicka, Otto Gaehler, Gebrüder Wittke, „Jedwabna“ und Gebrüder Augustin.

Diese Firmen wurden in zwei Kategorien eingeteilt: zur ersten Kategorie gehören die Großfirmen K. Th. Buhle und „Pierwsza“, zur zweiten Kategorie alle übrigen. Die erste Gruppe muß die vollen Sätze der vereinbarten Preislücke erheben, während die anderen einen Preisnachlass bis 5 Prozent gewähren dürfen. Außerdem wurde vereinbart, daß den Unternehmen, die sich verpflichten, alle ihre Waren nur in den der Konvention angeschlossenen Firmen zu färben oder zu appretieren, ein Preisnachlass von 10 Prozent zugebilligt wird. Zu bemerken ist, daß ein ähnliches Kartell der Kunstseidefabriken bereits im Jahre 1935 bestand, aber bald wieder einbrach, da die beteiligten Firmen die Verpflichtungen nicht einhielten. Diesmal sind in dieser Hinsicht Vorbereitungsmaßnahmen getroffen worden, indem für den Fall der Nichteinhaltung der eingegangenen Bedingungen sehr schwere Sanktionen vorgesehen sind. Die dem neuen Kartell angehörenden Firmen werden auch ein gemeinsames Ankaufsbureau bilden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 1. März auf 5,2244 Zloty festgelegt.

Berlin, 27. Februar. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,488—2,492. London 12,155—12,185. Holland 136,18—136,46. Norwegen 61,09 bis 61,21. Schweden 62,67—62,79. Belgien 41,89—41,97. Italien 13,09 bis 13,11. Frankreich 11,56—11,58. Schweiz 56,74—56,86. Prag 8,656 bis 8,674. Wien 48,95—49,05. Danzig 47,04—47,14. Warschau —.

Die Bank Polki zahlte heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,25 1/2 Zt., dto. kl. Scheine 5,25 Zt., Kanada — Zt., 1 Pfund Sterling 25,72 Zt., 100 Schweizer Frant 119,95 Zt., 100 französische Frant 24,50 Zt., 100 deutsche Reichsmark in Papier 120,00 Zt., in Silber 129,00 Zt., in Gold — Zt., 100 Danziger Gulden 99,80 Zt., 100 holländ. Kronen 16,10 Zt., 100 österr. Schillinge 93,50 Zt., holländischer Gulden 288,45 Zt., belgisch Belgas 88,60 Zt., ital. Lire 23,50 Zt.

Effektenbörse.

Polener Effekten-Börse vom 27. Februar. 5% Staatl. Konvert.-Anleihe größere Posten — 52,00 G. kleinere Posten — 4% Brämien-Dollar-Anleihe (S. III) — 8% Obligationen der Stadt Posen 1926 — 5% Obligationen der Stadt Posen 1927 — 5% Pfandbriefe der Westpolnischen Kredit-Gez. Posen — 5% Obligationen der Kommunal-Kreditbank (100 G. 3 Zt.) — 4 1/2% umgezt. Zloty-Pfandbriefe d. Pol. Landwirtschaft i. Gold — 46,25 G. 4 1/2% Zloty-Pfandbriefe der Polener Landwirtschaft Serie I — 39,50 B. 4% Konvert.-Pfandbriefe der Polener Landwirtschaft Bank Kultowictwa (ex. Divid.) — 100,00 G. Bank Polki Wiedzin, Fabr. Wap. i Cem. (30 Zt.) — Tendenz: ruhig.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Polener Getreidebörse vom 27. Februar. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Table with columns for Roggen, Weizen, Braugerste, Gerste, Hafer, Roggenmehl, Weizenmehl, etc. and their respective prices in Zloty.

Gesamtrendenz: ruhig. Umfänge 1738,7 to, davon 452 to Roggen, 204 to Weizen, 80 to Gerste 305 to Hafer. Einheitsweizen, zur Saat eignend, über Notiz.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 1. März.

Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonlabungen) für 100 Kilo in Zloty: Standard: Roggen 688,5 g/l. (117,2 l. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit Weizen 737,5 g/l. (125,2 l. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit, Safer 413 g/l. (69 l. h.) zulässig 5%, Unreinigkeit, Braugerste ohne Gewicht, Gerste (61-667 g/l. (112-113,1 l. h.) zulässig 1%, Unreinigkeit, Gerste 643-649 g/l. (108,9-109,9 l. h.) zulässig 2%, Unreinigkeit, Gerste 620,5-626,5 g/l. (105,1-106 l. h.) zulässig 3%, Unreinigkeit.

Transaktionspreise:

Table showing transaction prices for Roggen, Weizen, and Safer in Zloty.

Richtpreise:

Table showing various types of grain and their prices, including Roggen, Weizen, Gerste, and different grades of flour.

Allgemeine Tendenz: ruhig. Roggen, Weizen, Gerste, Roggen- und Weizenmehl ruhig, Hafer stetig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Table listing various types of flour and their prices, including Roggenmehl, Weizenmehl, Braugerste, etc.

Gesamtangebot 223 to.